



# SEPP

SOZIALISTISCH-EMANZIPATORISCHES POSITIONSPAPIER



## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Von der Aufhebung der Klassengegensätze zu den Vereinigten Staaten von Europa</b>	<b>6</b>
<b>Die Zukunft muss in unsere Hand</b>	<b>13</b>
<b>Eine klassenlose Gesellschaft - aber wie?</b>	<b>22</b>
<b>For the Many, not the Few</b>	<b>26</b>
<b>Gerechtigkeit neu denken, SPD!</b>	<b>37</b>
<b>Links, Rechts, Vor, Zurück</b>	<b>42</b>
<b>Die Rechten und die Soziale Frage - Ein Vergleich zwischen AfD und Front National</b>	<b>49</b>
<b>Too big to fail? Bankenregulierung.</b>	<b>58</b>
<b>Tunesiens steiniger Weg zur Demokratie</b>	<b>66</b>
<b>Um-fair-teilen in der Kommune – eine sozialistische Herzensangelegenheit?!</b>	<b>71</b>

## VORWORT DER VORSITZENDEN

von **Luisa Haag**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

oft wird uns Jusos vorgeworfen, wir wären nostalgisch und würden die Geschichte unserer Partei verklären. Wir würden von Marx, Engels und den guten alten Zeiten träumen, in denen Willy Brandt noch am Leben und die SPD noch „richtig links“ war. Vermutlich stimmt das auch manchmal. Zumindest dann, wenn wir auf Juso-Veranstaltungen um Mitternacht aus vollem Hals Die Internationale grölen. Jedoch machen wir das aus gutem Grund.

Da wir gerne immer wieder an die Grundwerte unserer Partei erinnern und die Fahne des Sozialismus hochhalten, haben wir uns entschieden, unser Positionspapier in diesem Jahr dem Thema „Klassenkampf und Klassenbewusstsein“ zu widmen.

Wir möchten Euch diese Thematik, die einen Grundpfeiler unserer Partei und insbesondere unserer Geschichte darstellt, näherbringen und den Begriff, der vielen als überholt und obsolet erscheint, in einen aktuellen und internationalen Kontext einbetten. Im *Manifest der kommunistischen Partei* von Friedrich Engels und Karl Marx aus dem Jahr 1848 findet sich der folgende Satz: »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen.« Dementsprechend haben wir uns in dieser Ausgabe gefragt, wie sich Klassenkämpfe in unserer heutigen Gesellschaft abzeichnen. Können wir noch von einem Klassenbewusstsein sprechen? Und kann es überhaupt eine klassenlose Gesellschaft geben? Wie kann diese entstehen und welcher Appell ergibt sich daraus für die Sozialdemokratie? Um die Lektüre zu erleichtern und der Historie des Klassenkampfes gerecht zu werden, wird am Anfang kurz auf die Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland

und damit in Zusammenhang stehende Personen, Ereignisse und Begriffe eingegangen.

## I. Die Entstehung der SPD

1863 gründet sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) um Ferdinand Lassalle und legte somit den Grundstein für die Sozialdemokratie in Deutschland. Sechs Jahre später gründeten August Bebel und Wilhelm Liebknecht ein Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). 1875 schlossen sich die beiden Gruppierungen in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) zusammen. Bestimmt wurden die Anfangsjahre der Sozialdemokratie in Deutschland von dem sogenannten „Sozialistengesetz“ (1878-1890), welches die Betätigung sozialistischer und kommunistischer Vereine und Parteien verbot und diese somit in den Untergrund drängte. 1890 wird die Partei in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannt und heißt bis heute so. Dementsprechend hat die SPD ihre Wurzeln in der Arbeiter\*innenbewegung. Sie

versteht sich auch heute noch in dieser Tradition.

## II. Was hat das alles mit Marx zu tun?

Karl Marx lebte von 1818 bis 1883 und gilt als Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“. Zu seinem wichtigsten Werken zählen *Das Manifest der kommunistischen Partei* (1848), *Lohnarbeit und Kapital* (1849), *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859), sowie *Das Kapital*, Band 1-3 (1867, 1885, 1894). Vor dem Hintergrund der Industrialisierung und dem immer größer werdenden Elend der Arbeiter\*innen schreibt Marx gemeinsam mit Engels im Auftrag des Bundes der Kommunisten das bereits genannte Manifest und nennt dort den Begriff Klassenkampf. In der damaligen Epoche, der Epoche der Industrialisierung, stehen sich laut Marx zwei konkurrierende Klassen gegenüber: Die Bourgeoisie und das Proletariat. »Unter Bourgeoisie wird [dabei] die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen

Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können.«(Marx und Engels zitiert nach [Diehl u. Mombert 1920, S. 90]) Ganz im Gegensatz dazu sei die menschliche Urgesellschaft klassenlos gewesen. Am Ende der Entwicklung müsse wieder eine klassenlose Gesellschaft stehen, welche sich jedoch, im Gegensatz zur Urgesellschaft, durch Freiheit und nicht durch Wildheit auszeichnen soll.

Auch an der deutschen Sozialdemokratie gingen die Ideen von Marx und Engels nicht vorbei. Vielmehr griffen unterschiedliche ideologische Strömungen innerhalb der Partei die marxistischen Theorien mehr oder weniger auf.

### **III. Industrialisierung**

Hintergrund der Entwicklungen war die Industrialisierung, auch industrielle Revolution genannt. Unter Industrialisierung kann

ganz allgemein der Übergang von einer Agrargesellschaft zu einer industriellen Gesellschaft, in der vorwiegend maschinell produziert wird, verstanden werden. Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist der Wechsel von der Subsistenz- zur Fremdversorgungswirtschaft. England mit seiner Textilindustrie wird als Mutterland und Vorreiter der Industrialisierung angesehen, da dort mehrere Faktoren, wie z.B. die Rohstoffvorkommen und der fehlende Zunftzwang, begünstigend wirkten. In Deutschland setzte die Industrialisierung Anfang des 19. Jahrhunderts und somit, im Gegensatz zu England, erst verzögert ein. Als klare Folge der Industrialisierung und der damit zusammenhängenden Urbanisierung muss die Verarmung und das Elend der Arbeiter\*innen bezeichnet werden, woraus die Soziale Frage resultierte, auf die die SPD seit jeher Antworten und Lösungen zu formulieren versucht. Der Versuch der Überwindung der Klassengesellschaft und die Bewältigung der Sozialen Frage ist heute aktueller denn je, wie ihr in den folgenden Artikeln lesen könnt.

# VON DER AUFHEBUNG DER KLASSEN-GEGENSÄTZE ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

## Ein Plädoyer für visionäre sozialdemokratische Politik

von **Leon Struve**

Die Begriffe Klasse, Klassen-gegensatz und Klassenkampf haben heute gerade für junge Ohren einen altertümlichen Klang. Man denkt vielleicht an eine lang vergangene Stunde im Geschichtsunterricht über das 19. Jahrhundert. An eine reißerische ZDF-History Doku, die in schnellen Schnitten hungrige Kinder vor Fabrikatoren, rauchende Schloten und protestierende Werktätige zeigt. Dass dieser Themenkomplex jedoch keinesfalls überkommen ist und sich seine Daseinsberechtigung nicht in faden gymnasialen Geschichtsstunden oder in den kitschigen Dokus eines Guido Knopp auf dem zweiten Kanal erschöpft, sollte jedem kritisch denkenden Menschen klar sein. Wir sehen global wie national eine gestei-

gerte Notwendigkeit, die Termini Klasse und Klassenkampf wieder zu gebrauchen. Die internationale Vermögensspreizung, die selbst von nicht-marxistischen Ökonomen nicht mehr geleugnet werden kann, die Tatsache, dass eine winzige Minderheit über immer mehr Kapital verfügt und eine erdrückende Mehrheit für sich arbeiten lässt, sind keine Phänomene des 19. Jahrhunderts, sondern bittere Realität unserer Zeit. Diese schlichte Wahrheit des Klassengegensatzes lehrt uns, dass die Kategorien „arm“ und „reich“ den Spaltkeil bilden, der am Elend unserer Zivilisation Schuld trägt. Dies kann nicht oft genug betont werden, denn die rechte Gegenseite konstruiert eifrig den Gegensatz zwischen „deutsch“ und „ausländisch“ oder „christlich“ und „muslimisch“ wie man z.B. aus dem

geifernden, faschistoiden Verbaldurchfall eines Bernd Höcke heraushören kann.

Man sieht also: Klassen und ihr Gegensatz existieren auch heute noch. Aber welche Schlussfolgerungen ziehen wir als linke Sozialdemokrat\*innen aus dieser Erkenntnis? Welche Hoffnungen hegten die Philosoph\*innen und Ökonom\*innen unserer Bewegung, als sie die Existenz der Klassen und ihr Wechselverhältnis herausarbeiteten und akribisch analysierten? Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist es - wie fast immer - hilfreich, den einstigen theoretischen Übervater der Sozialdemokratie zu Wort kommen zu lassen. Die Rede ist natürlich von dem launigen Rauschbart aus dem Rheinland: Karl Marx. Dieser schrieb über seine Analyse der Klassengesellschaft in einem Brief an Joseph Weydemeyer: »Was ich neu tat, war nachzuweisen, dass die Existenz der Klassen bloß an bestimmte histo-

rische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; dass der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zur klassenlosen Gesellschaft bildet« (MEW 28, 507f.).

Vieles an diesem Zitat scheint uns heute befremdlich, da es nur im Kontext seiner Entstehung gedeutet werden kann. Selbstverständlich streben wir als sozialdemokratisch denkende Menschen keine „Diktatur des Proletariats“ an, sondern bekennen uns zu allen bürgerlichen und sozialen Rechten als Basis für unser Zusammenleben. Aber die Kernaussage von Marx ist hier folgende: Der Klassenkampf ist kein Selbstzweck, er ist auch kein historischer Zu- oder Unfall, er hat ein klares Ziel: eine bessere, klassenlose Gesellschaft. Das Proletariat muss sich also seiner Lage bewusst werden, gegen sie aufbegehren und diese letztlich überwinden, nur

so kann letztlich eine gerechte Gesellschaft Realität werden. Das Ziel des Klassenkampfes war immer die Verwirklichung einer besseren Welt, einer harmonischen Gesellschaft, in der die Losung »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen« – um ein weiteres Marx-Wort aufzugreifen – gilt. Wenn der Kampf der Klassen und das utopische Streben so eng beieinander liegen, dann lohnt es sich im Rahmen eines SEPP, das sich der Klassenfrage verschrieben hat, ein paar Worte über das Ziel der Klassenaus-einandersetzung - die Vision einer besseren Welt - zu verlieren. Im Folgenden möchte ich ein Plädoyer dafür halten, visionäre Ideen nicht als hippieske Träumereien und Scharlatanerie abzutun, sondern ihnen einen festen Platz im Denken der sozialistischen Bewegung einzuräumen.

»Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen« – dieses fragwürdige Dogma schrieb der Altkanzler

Helmut Schmidt unserer Partei vor Jahren ins Stammbuch. Nun stehen wir als Partei visionslos im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts und hätten den Arzt trotzdem nötiger denn je. Ist eine visionäre Vorstellung sozialer und politischer Zukunft für die Sozialdemokratie wirklich verzichtbar? Soll unsere Praxis nur von der Reaktion auf Sachzwänge, dem pragmatischen Abhandeln der Tagespolitik geprägt sein? Zugegeben – Vision bleibt ohne Definition und ohne Beispiele erstmal eine Floskel, eine Plattitüde wohlfeiler politischer Rhetorik. Daher möchte ich vor meinem Plädoyer für eine sozialdemokratische Politik, die sich Visionen zu eigen macht erst einmal die Begrifflichkeit klären. Unter Vision wird hier keinesfalls ein Gegensatz zum „pragmatischen Handeln“ verstanden. Sehen wir uns beispielsweise die Ostpolitik Willy Brandts an: die Verträge von Warschau und Moskau, die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages

und die Treffen mit Politikern des Ostblocks waren alles einzelne pragmatische Schritte der Regierung Brandt, denen aber die größere Vision der Aussöhnung Deutschlands mit seinen Nachbarländern und die Verwirklichung eines europäischen Friedensraumes zugrunde lag. Die Vision in der Politik ist also das größere einheitliche Konzept, durch das die pragmatischen Einzelschritte erst Richtung und Sinn erhalten.

Was sind aber nun die Argumente für visionäre Politik? Das erste und eindrucklichste ergibt sich aus der Analyse des jetzigen Zustandes unserer Welt: während die Polkappen schmelzen und die Meere sterben, stauen sich Millionen von Bürgerkrieg und sozialer Verelendung betroffene Geflüchtete vor den Toren Europas, derweil EU- und Eurokrise vom öffentlichen Interesse unbeachtet weiterhin ungelöst im Hintergrund lauern und im Weißen Haus in Washington sich

ein orangefarbener Psychopath täglich neue Narreteien ausdenkt.

In solchen Zeiten dürfen die Konzepte und Lösungsansätze unserer Mutterpartei SPD nicht kleinmütig sein und jedwede visionäre Gestaltungskraft oder gar utopischen Fernblick schmerzlich vermissen lassen. Im Vorfeld des Programmparteitags 2017 war die Frage nach der Wiedereinführung der Vermögenssteuer wohl die kontroverseste und wurde durch das Zugrabetragen dieser in Form eines faulen Kompromisses beantwortet. In anderen Ländern sieht die Lage ganz anders aus. Das Paradebeispiel: Großbritannien. Hier schafft es der Linke Jeremy Corbyn, eine ganze Generation für sich zu begeistern mit einer Politik, die moderate Ansätze, wie z.B. die Abschaffung von Studiengebühren mit radikaleren Inhalten, wie der Forderung nach Verstaatlichung der öffentlichen Versorgungsunternehmen verbindet. Ein Programm, das ihm bei

der nächsten Unterhauswahl die Mehrheit bringen könnte. Man sieht also, es ginge auch anders. Denn Corbyn gelingt eben beides, er macht konkrete zweckmäßige Vorschläge und bettet sie in das umfangreichere visionäre Bild eines anderen, gerechteren Landes ein. Vielleicht fehlt uns für den Aufbau einer solchen visionären Politik in Deutschland neben der integrativen Person Corbyns auch die materielle Basis, die wir auf den britischen Inseln vorfinden, die durch die brutale Austeritätspolitik der dortigen Konservativen und deren Verachtung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen geschaffen wurde. Sicherlich trägt auch die Mantra-artig vorgetragene These „Deutschland geht es gut“ das Ihre dazu bei, dass radikalere progressive Ansätze im Moment weder formuliert noch von der Bevölkerung gewünscht werden. Aber ganz unabhängig davon, dass wir in der Bundesrepublik andere Voraussetzungen haben, die für fortschrittliches Denken

einen eher kargen Nährboden liefern, bleibt das Problem des Mangels an „Biss“ der fehlenden Unterscheidbarkeit der Sozialdemokratie von ihrer konservativen und liberalen Konkurrenz und das Nichtvorhandensein einer alternativen Erzählung oder einer Vision für ein besseres Land bestehen. Hier müssten wir den Mut haben, „mehr Corbyn zu wagen“ . Unsere Forderungen nach Abschaffung der privaten Krankenversicherung und nach kostenloser Bildung von der Kita bis zur Weiterbildung mögen ja löblich sein, aber für sich genommen sind sie keine Vision. Wenn man die Courage aufbrächte, diese Einzelpunkte in ein Programm einfließen zu lassen, das endgültig mit dem neoliberalen Ungeist - insbesondere der Agenda 2010 und dem Privatisierungswahn der letzten Jahrzehnte - bricht, könnte man von einer Vision sprechen und die Partei hätte ihre Unterscheidbarkeit zurückgewonnen.

Ein weiterer Punkt, der die Unverzichtbarkeit von visionärer Politik aufzeigt, ist die Tatsache, dass, wann immer die Linke unfähig ist, den Menschen den Weg in eine bessere Zukunft aufzuzeigen, sich die Rechte umso mehr darum bemüht. »Hätten die Aufklärer und Humanisten stärkere Bilder gehabt, dann wären die Nazis nicht an die Macht gekommen« meinte der marxistische Philosoph Ernst Bloch einst über die vernichtende Niederlage der menschlichen, vernünftigen und solidarischen Kräfte gegen die Barbarei des europäischen Faschismus in den 1930er-Jahren. Er wollte damit sagen, dass es Hitler und seinen Schergen gelang, sich starker Metaphern, Mythen und Sehnsüchte zu bedienen. Das Bild des „gierigen Juden“ als Sündenbock für die Verwerfungen der kapitalistischen Gesellschaft war stärker als die abstrakten Konzepte der Marxist\*innen von Akkumulation, Mehrwert und Dialektik. Das primitive und antiintellektuelle Konstrukt der ras-

sischen Volksgemeinschaft schienen der Bevölkerung naheliegender als das in weiter Ferne liegende Endziel einer klassenlosen Gesellschaft mit Gütergemeinschaft und absoluter Humanität. Heute sehen wir ganz ähnliche Tendenzen. Die Vorstellungen der Neuen Rechten, ihr sogenannter „metapolitischer Ansatz“ wie er von Leuten wie Götz Kubitschek und Alain de Benoist ausformuliert wird, sind Zukunftskonzepte für ein Europa ohne Humanismus, Gewaltenteilung und Toleranz. Diese werden eifriger rezipiert als man zunächst vermuten möchte, gelangen in die Köpfe vieler junger Menschen und bilden die ideologische Basis für die Identitäre Bewegung und andere Gliederungen der Neuen Rechten. Auch die Vision, die aus den Programmschriften der AfD heraus scheint – ein völkischer deutscher Staat mit geschlossenen Grenzen und von oben verordneter Leitkultur, der sich von allen emanzipatorischen Errungenschaften der vergangenen Dekaden frei

macht – ist gewiss schrecklich, aber nichtsdestotrotz eine Vision, die starken Widerhall in der Bevölkerung findet. Auf jene reaktionären Arten visionärer Gestaltung müssen linke Antworten gefunden werden, die über das kleinteilige Herumwursteln aktueller sozialdemokratischer Politik hinausgehen. An dieser Stelle nur ein Beispiel einer alternativen Vision: Schon das Heidelberger Programm der SPD sprach von den „Vereinigten Staaten von Europa“. Diese Idee wurde zwar von sozialdemokratischen Spitzenfunktionär\*innen in den vergangenen Jahren immer wieder als rhetorisches Bild in Reden verwendet, nun wäre es aber an der Zeit, sie mit Leben zu füllen. Mögen uns die faschistischen und reaktionären Kräfte auch vorwerfen, wir würden Deutschland abschaffen wollen, so müssen wir doch darauf beharren, dass nur eine europäische Verständigung verbunden mit einer Überwindung des nationalstaatlichen Denkens die akuten Probleme unseres Kontin-

ents lösen kann. Ein Europa, das Gerechtigkeit für all seine Bürger\*innen durch soziale und wirtschaftliche Harmonisierung garantiert und durch eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik einen Beitrag zu einer friedlichen Welt liefert wäre eine visionäre Erwiderung auf die engstirnigen Vorstellungen der rechten Gesellen.

Abschließend gilt es noch einmal festzuhalten, dass Visionen und utopische Vorstellungen immer der Motor der sozialdemokratischen Bewegung waren, sei es die durch den Klassenkampf zu verwirklichende Hoffnung auf eine klassenlose Gesellschaft der frühen Sozialdemokratie oder die durch Verträge, Aussöhnung und Abrüstung angestrebte Friedensordnung eines Willy Brandt. Auf die Suche nach den mutigen Visionen, die der Sozialdemokratie eine Legitimation für die nächsten 50 oder 100 Jahre verschaffen, müssen wir uns als Linke und insbesondere als Jusos schnellstmöglich begeben.

## DIE ZUKUNFT MUSS IN UNSERE HAND

von **Anna Kassautzki**

Der Brexit hat mich persönlich wie ein Schlag ins Gesicht getroffen. Ich bin abends mit der festen Überzeugung ins Bett gegangen, dass das Vereinigte Königreich in der EU bleibt – alles andere wäre ja auch absolut hirnrissig gewesen. Am nächsten Morgen wollte ich der Push-Benachrichtigung auf meinem Handy nicht glauben. Meine Freund:innen in Großbritannien waren nicht minder geschockt. Es gab eine große Bewegung #NotInMyName, bei der junge Menschen für ihre Zukunft in der EU und gegen das Ergebnis des Referendums demonstriert haben. Gebracht hat das alles freilich nichts. Es wurden Stimmen laut, die der Jugend die Schuld für die knappe Mehrheit an der Leave-Entscheidung gaben. Tatsächlich sind nur 36% der 18 – 24-Jährigen zur Urne gegangen.<sup>1</sup>

Die Jugend hält nicht zusammen, sie hat kein Klassenbewusstsein. Wir als Jugend, sind ja ein Stück weit eine eigene Klasse. Für mich war besonders demotivierend: Selbst wenn 100% der 18-24-Jährigen zur Wahl gegangen wären, geändert hätte es am Ergebnis nichts. Die Älteren sind uns zahlenmäßig weit überlegen. Aber nicht nur in Großbritannien rumort es. Man hört es auch hier immer wieder: die Jugend von heute, damals war noch alles besser, früher war die Jugend noch aktiv und ist geschlossen auf die Straße gegangen! Schlagworte wie „Politikverdrossenheit“ geistern immer wieder durch die Medien. Aber ist das wirklich so? Ist der Jugend die Politik und die eigene Zukunft egal? Haben wir kein Klassenbewusstsein? Im Folgenden werfe ich einen Blick auf das Leben von Jugendlichen und ihre Beziehung zur Politik.

---

<sup>1</sup>vgl. <https://goo.gl/xQZ3tF>

## Was interessiert die Jugend?

Die Sinus-Jugendstudie von 2016 hat analysiert, was die Jugend von heute prägt, womit sie sich identifiziert und was ihr wichtig ist. Im Gegensatz zu früheren Generationen ist Abgrenzung heute nicht mehr so wichtig – ganz im Gegenteil: junge Menschen wollen so „wie alle“ sein. Zur Definition von „alle“ wird hierbei ein gemeinsamer Wertekanon herangezogen: Freiheit, Toleranz und soziale Werte. Das sind grundsätzlich gute Grundvoraussetzungen, um junge Demokrat:innen heranzuziehen. Allerdings misstrauen Jugendliche nach wie vor Parteien.<sup>2</sup> Sie sehen sie nicht als verlässlich an und sind der Meinung, dass Politiker:innen sich nicht darum kümmern, was die Bevölkerung denkt. Das geht einher mit der Überzeugung, dass den Funktionär:innen die eigenen Partei- und Organisationsinteressen wichtiger sind als die Wähler:innenmeinung. Junge Menschen sehen Parteien nicht

als verlässlich an und sind der Meinung, dass Politiker:innen sich nicht darum kümmern, was die Bevölkerung denkt. Nach wie vor werden Parteiprogramme nicht als solches gesehen, was sie sind – ein fester Plan, insofern alleine regiert wird. Dass in einer Koalition nicht die Interessen aller Koalitionspartner:innen eins zu eins übertragen werden können, wird viel zu selten erklärt.

Eine breite Studie hat auch Shell herausgegeben. Shell hat 2015 eine repräsentativ zusammengesetzte Umfrage unter 2558 Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren geführt. Das mangelnde Vertrauen in die Politik, das auch die die Shell-Jugendstudie belegt, ist konträr zu einer starken Demokratiezufriedenheit. Die Demokratie wird von 85% als gute Staatsform angesehen. 73% aller Jugendlichen sind zufrieden oder sehr zufrieden mit der Demokratie in Deutschland. Im Vergleich dazu waren es 2010 nur 63% und 2002 sogar nur 60%. Wir sehen also eine enorme Steigerung in

---

<sup>2</sup>vgl. <https://goo.gl/iutAci>

den dazwischenliegenden 13 Jahren. Parallel dazu gibt es eine starke Übereinstimmung mit den Ausprägungsformen der Demokratie. Zentral sind hier für die jungen Menschen das Wahlrecht, die Meinungsfreiheit und die Möglichkeit der Mitbestimmung.<sup>3</sup> Außerdem steigt das Interesse junger Menschen an Politik wieder. Nachdem 2002 nur rund ein Drittel aller Jugendlichen überhaupt an Politik interessiert waren, sind es jetzt immerhin 41% aller Befragten. Von diesen 41% informieren sich, nach eigenen Angaben, 74% aktiv über Politik. Im Gegensatz dazu informieren sich nur 10% der politisch nicht interessierten aktiv über Politik. Nach dem Tiefpunkt 2002 haben wir also einen Trend in Richtung mehr politisches Interesse. Man kann also nicht per se sagen, die Jugend sei unpolitisch. Das generelle Interesse an der Politik und die Demokratiezufriedenheit ist interessant, wenn man sich die Wahlbeteiligung junger

Menschen anschaut. Erschreckend wenige junge Menschen nehmen ihr Recht wahr, wählen zu gehen.<sup>3</sup>

Warum ist das so? Betrachtet man die Altersstruktur beispielsweise des Deutschen Bundestages, so fällt auf, dass sie – wie beispielsweise die Geschlechterstruktur – nicht die Realität widerspiegelt. So lag der Bevölkerungsanteil der unter 20-jährigen laut Statistischem Bundesamt 2013 bei 18,1%, wohingegen der Anteil der unter 36-jährigen im 18. Deutschen Bundestag bei 5% lag (unter 20-jährige: 0,0%).<sup>4</sup> Junge Menschen haben nur dann eine realistische Chance in ein Parlament einzuziehen, wenn entweder die älteren Menschen ihnen so gewogen sind, dass sie ein Direktmandat gewinnen oder durch die Parteien weit genug oben auf der Landesliste stehen. Man könnte nun weiterhin zu Felde führen, dass beispielsweise über 80-jährige auch nicht mehr

---

<sup>3</sup>vgl. <https://goo.gl/jtJFDo>

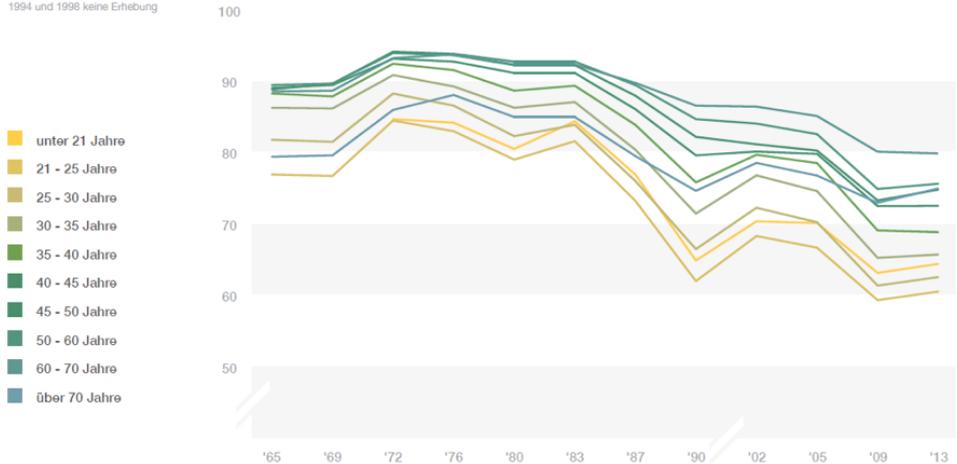
---

<sup>4</sup>vgl. <https://goo.gl/EDho8o>,  
<https://goo.gl/K2pqdE>

## Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

In Prozent, Bundestagswahlen 1965 bis 2013

1994 und 1998 keine Erhebung



Quelle: Der Bundeswahlleiter

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Bundeszentrale für politische Bildung, 2014, www.bpb.de



so gut im Deutschen Bundestag vertreten sind, aber seien wir mal ehrlich: Politik wird für alte Menschen gemacht. Sie machen die größte Wähler:innengruppe aus. Sie sind wahlentscheidend. Junge Menschen sind auf der anderen Seite offener für Veränderung und dadurch progressiver. Es geht schließlich um ihre Zukunft. Junge Menschen müssen ein Bewusstsein für Politik und

die Wichtigkeit ihrer Stimme entwickeln. Niemand wird als mündige:r Wähler:in geboren. Hierzu bedarf es einer anständigen Demokratieerziehung in Schulen, aber auch frühen Mitbestimmungsmöglichkeiten, wie beispielsweise durch Jugendparlamente und verbindliche Jugendquoten für Parlamente. Jugendliche haben ihre eigenen Szenen und Kulturen, die

nicht zwangsläufig ideologisch oder politisch sein müssen. Grundsätzlich ist es sinnvoll in fünf verschiedene Jugendkulturgruppen zu unterscheiden: musikorientierte, sportorientierte, ideologisch orientierte, computer- und medienorientierte Jugendkulturen und Fankulturen.<sup>5</sup> Unter anderem musik- oder sportorientierte Jugendkulturen haben ihre eigene Form des politischen Handelns. Es gibt beispielsweise kaum eine Möglichkeit, Menschen besser zu integrieren, als über einen Sportverein. Auch Musik wird auf der ganzen Welt verstanden, selbst wenn man nicht dieselbe Sprache spricht. All das sind Formen junger Menschen, sich einzubringen und zu beteiligen, ohne sich zwangsläufig einer Partei oder politischen Richtung zuordnen zu müssen.

### **Wie engagiert sich die Jugend?**

Wenn ich mit Freund:innen spreche, die nicht Mitglied in

einer Partei sind, frage ich häufig warum das so ist. Viele sind stark politisch interessiert, sehen aber keine Partei, mit der sie sich genug identifizieren könnten, dass sie beitreten würden. In unserer Generation legt man sich nicht gerne fest und sie sehen einen Parteieintritt als final an. Heutzutage arbeiten Jugendliche viel lieber projektgebunden. Sie setzen sich gerne für lokale Themen und Projekte ein, aber auch für solche, die die eingangs genannten Werte, Freiheit, Toleranz und soziale Werte, fördern. In Passau sind viele junge Menschen in der Hilfe für Geflüchtete oder bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Amnesty International aktiv. Es werden jeweils konkrete Ziele verfolgt und die Jugendlichen können sich, mit schnellem Ergebnis, projektgebunden einbringen.<sup>5</sup> Sie nehmen also nicht direkt am parteipolitischen Entscheidungsprozess teil, sondern betreiben indirekt Lobbyarbeit, um die Politik zu beeinflussen. In unserer schnelllebigen Zeit ist

---

<sup>5</sup><https://goo.gl/X8jJG8>

das auch ein logischer Schluss. Kontinuierliche, engagierte Arbeit ist schwer zu leisten, wenn man parallel 40 Leistungspunkte sammeln möchte (dabei sollte 1 Leistungspunkt einem Lernaufwand von 30h entsprechen), ganztags arbeiten oder den Lehrplan von G8 irgendwie bis zum Abitur durchpauken muss. Aber gerade dieser kontinuierlichen Arbeit bedarf es, wenn man in einer Partei wirklich aktiv sein möchte. Es gibt häufig keine schnellen, guten Antworten, sondern die Parteiarbeit ist ein langwieriger Prozess. Wenn man Glück hat, gibt es bereits aktive Juso-Strukturen vor Ort. Das ist aber keine Selbstverständlichkeit. Ob in der Juso-AG oder im SPD-Ortsverein: Man muss sich länger inhaltlich mit einem Thema auseinandersetzen, um einen guten und fundierten Antrag zu schreiben. Für den Antrag muss man Mehrheiten schaffen, ihn auf Konferenzen durchbringen, bis er vielleicht irgendwann tatsächlich die Politik beeinflusst. Das ist für viele junge Menschen zu

langwierig und zu anstrengend. Ganz zu schweigen davon, dass man erst einmal ein gewisses Standing in der entsprechenden Gliederung haben muss, um zur nächsthöheren Ebene delegiert zu werden. Für Jugendliche lohnt es sich schlicht nicht, einmal im Monat zum Ortsverein zu gehen, wenn sie noch nicht einmal wissen, ob sie nächstes Jahr – job- der studienbedingt – noch am selben Ort wohnen. Und die – zahlenmäßig überwiegenden – Älteren wählen häufig die Jüngeren nicht, weil die ja nicht bleiben. Der Teufelskreis dreht sich weiter.

Nach der Betrachtung des Engagements Jugendlicher bleibt die Frage, worauf junge Menschen direkt und unmittelbar Einfluss haben, bevor sie wahlmündig sind. Das ist erschreckend wenig. Sie können in der Schule ihre Schul- und Klassensprecher:innen wählen, die als Schüler:innenschaft gewisse Mitspracherechte an der Schule haben. Die Klassensprecher:innen werden zwar von

Schüler:innen gewählt, aber was haben sie groß zu entscheiden? Das höchste der Gefühle ist das Ausflugsziel am nächsten Wandertag. Wie sollen junge Menschen lernen, dass ihre Stimme wertvoll ist? Wie über ihre Zukunft mitentscheidet, wenn man ihnen keine Möglichkeit dazu gibt?

### **Was braucht die Jugend?**

Es müssen endlich flächendeckend funktionierende Kinder- und Jugendparlamente eingerichtet werden! Parlamente, bei denen alle die Möglichkeit haben mitzuarbeiten, ob sie jetzt aus finanziell besser oder schlechter gestellten Haushalten kommen. Das kann beispielsweise über einen von der Kommune organisierten Fahrdienst gewährleistet werden. Auch müssen Seminarwochenenden und Einladungen von der Kommune organisiert und finanziert werden. Man kann Kindern und Jugendlichen nicht zumuten, neben der Schule und/oder Ausbildung noch ein

komplettes Parlament alleine zu organisieren. Häufig versinken Jugendparlamente in der Bedeutungslosigkeit, weil sie entweder durch die örtlichen Lokalpolitiker:innen für eigene Zwecke missbraucht werden oder weil die Kinder- und Jugendlichen den Organisationsaufwand nicht schaffen. Aber gerade eine Arbeit in solchen Parlamenten ist das beste Mittel, um junge Menschen an die Mechanismen unserer Demokratie heranzuführen. Durch entsprechende Kompetenzen – wie beispielsweise einem Antragsrecht im kommunalen Gremium oder einem Mitspracherecht bei Entscheidungen, die die Jugend betreffen, einhergehend mit einer gewährleisteten Unabhängigkeit, würde man jungen Menschen endlich eine Stimme geben.

Die Wahlen zu den Parlamenten ließen sich in Schulen und Ausbildungsbetrieben durch das dortige Personal durchführen. Das Kinder- und Jugendparlament stellt sich auf einer „Wahltour“ durch die Schulen

und Ausbildungsbetriebe vor und steht für Fragen bereit. Danach hängen die Wahlplakate der Kandidierenden, mit den inhaltlichen Punkten, die sie durchsetzen wollen, aus. Anschließend finden die Wahlen, beispielsweise klassenweise, statt. Hierdurch wäre auch eine entsprechende Wahlbeteiligung gesichert. Wenn junge Menschen merken, dass ihre Stimme zählt und sie etwas ändern können, würde auch das Vertrauen in die Politik gestärkt werden.

Wir brauchen mehr Demokratieverziehung in den Schulen! Es kann nicht sein, dass beispielsweise der Gesetzgebungsprozess unfassbar langweilig erklärt wird. Man könnte Schüler:innen beispielsweise Ideen sammeln lassen, was sie unmittelbar auf lokaler Ebene verändern wollen und Petitionen schreiben lassen, die sie über die Jugendparlamente in die entsprechenden Gremien einbringen lassen. Hier würden junge Menschen unmittelbar mitkommen, wie ein Gesetzgebungs-

/Verordnungsprozess funktioniert, wie ein Parlament arbeitet und würden die Ausschussarbeit hautnah miterleben. Sie würden merken, dass ihre Meinung wichtig ist und sie gehört werden. Gleichzeitig würden junge Menschen wieder mehr in den Fokus der Politiker:innen gerückt.

Die Schüler:innenschaft muss mehr in Entscheidungen der Schulen und die Studierendenschaft mehr in Entscheidungen der Universitäten und Hochschulen eingebunden werden! Das Angebot kann nur dann irgendwie zielgruppenorientiert sein, wenn die Zielgruppe in Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

### **Was brauchen die Parteien?**

Parteien müssen endlich wieder attraktiver für junge Menschen werden. Das kann beispielsweise dadurch geschehen, dass man – vor allem auf den unteren Ebenen – mehr basisorientierte Strukturen schafft. Wie wäre es mit einer themenbezoge-

nen Mitgliederkonferenz statt einer Delegiertenkonferenz? Hierdurch könnten sich auch junge Genoss:innen einbringen, ohne vorher den „Würschtdreh-Marathon“ durchlaufen zu müssen. Auch die „Karteileichen“ die zwar Mitglied sind, aber nie auf einer Sitzung waren, hätten hier wieder einen Anknüpfungspunkt – aus irgendeinem Grund sind sie ja Parteimitglied.

Die Parteien müssen an die Lebensrealität vor allem junger Menschen anpassen. Man kann themenbezogene Projektgruppen gründen, die offen für alle sind, die sich beteiligen möchten. Wie eingangs beschrieben, möchten junge Menschen eher an Projekten und weniger in starren Parteistrukturen arbeiten. Durch die Arbeit in diesen Gruppen, könnte man Menschen langsam und über ein für sie interessantes Thema an die Partei heranzuführen. Dass Arbeitskreise einer Partei nicht komplett aus Externen bestehen können ist natürlich auch verständlich. Hier ließe sich ein Schlüssel für Mitglieder

und Nicht-Mitglieder einsetzen, um das Gleichgewicht zu wahren.

Nichts ist – vor allem für junge Frauen\* – abschreckender, als eine Sitzung in einem dunklen Keller, in dem nur Männer sitzen. Man muss nicht jedes Mal das Rad neu erfinden, aber es können verschiedene Konzepte ausgearbeitet werden, wie man die Zusammenarbeit in Ortsverein und AG ändern könnte. Wir brauchen außerdem mehr junge Menschen in Parlamenten. Hierzu müssen die Parteien verbindliche Jugendquoten für Aufstellungskonferenzen und Vorstandsposten schaffen. Nur so können junge Menschen, die die Interessen von Jugendlichen vertreten in der Politik Karriere machen und die Parteien aktiv mitgestalten – und zwar bevor sie alt sind.

Nur eine Jugend, die politisiert ist und über ihre Zukunft mitentscheiden möchte, kann ein Klassenbewusstsein entwickeln. Lasst uns zusammenstehen und gemeinsam für unsere Sache kämpfen.

# EINE KLASSENLOSE GESELLSCHAFT - ABER WIE?

von **Michael Pöpl**

## **Voraussetzungen und Hindernisse**

Im Gegensatz zum Begriff des Klassenkampfes, welcher schon vor Marx existent war und genutzt wurde, gilt Marx als Erfinder der Idee der klassenlosen Gesellschaft. Sowohl im kommunistischen Manifest als auch in seinem Werk „Das Kapital“ sowie in vielen seiner anderen Schriften schreibt er über die Voraussetzungen aber auch Hindernisse einer klassenlosen Gesellschaft. Für Marx bedeutet dies in die Urgesellschaft zurückzukehren, welche aufgrund fehlender persönlicher Besitztümer bereits klassenlos war. Aus dieser allerdings wegen der Sesshaftwerdung der Menschen eine kapitalistische Gesellschaft entstand, in der sich die Produktionsmittel auf immer weniger Personen, die sogenannte Bourgeoisie, aufteilten. Dies hatte eine Verelendung der breiten Masse zur Folge.

Die wichtigste Voraussetzung für sämtliche Errungenschaften der Arbeiter\*innen war und ist schon immer die Organisation des Proletariats. Zur Zeit der Industrialisierung war es für das Proletariat extrem schwierig, sich einheitlich zu organisieren, da das Koalitionsverbot, was sowohl die Gründung von Arbeitgeber\*innenverbänden als auch von Gewerkschaften verbietet, sehr lange bestand. Auch nach Abschaffung des Koalitionsverbots war das Verbot des Versammlungsrechtes zudem eine weitere große Hürde, um sich gegen die herrschende Klasse aufzulehnen und Arbeitnehmer\*innenrechte einzufordern. Des Weiteren schaffte es die Bourgeoisie immer wieder davon abzulenken, dass sie der Grund für die Missstände der Arbeiter\*innen ist. Sie hetzte das Proletariat immer wieder auf, mit

der Folge, dass es sich dann oftmals selbst aufgrund kultureller, nationaler oder religiöser Unterschiede bekriegte. Das Proletariat stand sich also häufig selbst im Weg. So gab es Probleme bei der Schaffung eines Klassenbewusstseins und eines möglichen resultierenden Klassenkampfes, der von einer Diktatur des Proletariats zu einer klassenlosen Gesellschaft geführt hätte. Die fehlende Solidarität unter den Arbeiter\*innen hat ihren Ursprung darin, dass der Mensch in der kapitalistischen Ordnung als ersetzbar gilt, was zur Folge hatte, dass der Konkurrenzdruck innerhalb des Proletariats enorm war. Das Fehlen sowohl von einer Absicherung bei Arbeitslosigkeit als auch des rechtlichen Schutzes bei Kündigungen durch die Arbeitgeber\*innen verstärkten diesen, da ohne Arbeit sämtliche Lebensgrundlage gefehlt hat. Somit sahen viele die anderen Arbeiter\*innen als Gegner\*innen und erkannten nicht, dass die wahre Feindin die Bourgeoisie war.

### **Bezug zur Moderne**

Leider sind auch heutzutage nur verhältnismäßig wenig Arbeitnehmer\*innen gewerkschaftlich organisiert, vor allem in Deutschland ist die Zahl sehr gering. Lediglich 15% der Arbeitnehmer\*innen hierzulande sind Mitglied in einer Gewerkschaft, in skandinavischen Ländern ist die Quote bei über 50%. Wäre die Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern höher, so hätten Gewerkschaften auch den Arbeitgeber\*innen gegenüber eine stärkere Verhandlungsposition und könnten größere Erfolge zum Beispiel bei der Lohnentwicklung oder der Anzahl von Urlaubstagen erzielen. Oft wird auch immer noch von neoliberalen Politiker\*innen oder Unternehmer\*innen versucht, die Arbeiter\*innen gegeneinander auszuspielen. Sei es durch Ideen, wie die Aussetzung des Mindestlohns für Langzeitarbeitslose und Geflüchtete oder andere absurde Vorschläge. Die Sozialdemokratie muss sich solchen Spaltungsversuchen immer entgegenstellen! Die Einführung der Zeitarbeit

hat zudem zu einer Spaltung der Belegschaft geführt und muss daher dringend revidiert werden. Auch einige zentrale Forderungen aus dem „Manifest der kommunistischen Partei“, die Marx als Voraussetzung zur klassenlosen Gesellschaft gesehen hat, sollten heute ganz demokratisch, wie von Marx gefordert, durch die Einbringung in die Gesetzgebung umgesetzt zu werden.

### **1. Starke Progressivsteuer**

In Deutschland geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Das vorhandene Vermögen wird unter immer weniger Menschen aufgeteilt, deshalb braucht es eine Steuerreform, die untere Einkommensgruppen entlastet und höhere Einkommen allerdings durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine längere Progressionsphase stärker besteuert. Der Prozess der Umverteilung von oben nach unten soll durch die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer verstärkt werden.

### **2. Erbschaftssteuerreform**

Das Vermögen, das jährlich in Deutschland vererbt wird, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Schätzungsweise werden pro Jahr 250 Milliarden Euro an nachfolgende Generationen vererbt. Viele der Empfänger\*innen leben nur noch von diesem leistungslosen Einkommen und können sich somit auf dem Vermögen ihrer vorhergehenden Generationen ausruhen. Während andere durch Arbeit aufgrund fehlender Chancengleichheit täglich um ihre Existenz kämpfen müssen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, soll eine progressive Erbschaftssteuer eingeführt werden, die ab einem bestimmten Betrag zu 100% besteuert. Auf lange Sicht aber muss, wie Marx das schon getan hat, das Erbrecht infrage gestellt werden.

### **Auftrag an die Sozialdemokratie**

Auch wenn vermutlich weiterhin umstritten bleibt, ob die Umsetzung einer klassenlosen Ge-

sellschaft möglich ist oder nicht, sollten zumindest einige Voraussetzungen, die Marx für sie genannt hat, geschaffen werden. Die Vermögensentwicklung der letzten Jahre in Deutschland ist nämlich drastisch und ihr muss schleunigst entgegengewirkt werden, sodass endlich ein Umverteilungsprozess von oben nach unten und nicht mehr andersherum erfolgt. Die Sozialdemokratie muss dafür sorgen, dass dies geschieht und sich notfalls auch mit den wenigen Leuten anlegen, denen der größte Teil des Vermögens gehört.

Zudem muss die Position der arbeitenden Klasse gegenüber den Arbeitgeber\*innen gestärkt werden. Daher sollten sich die Arbeitnehmer\*innen endlich wieder in größerer Anzahl gewerkschaftlich organisieren. Die Sozialdemokratie muss durch das Aufgreifen von Ideen der Gründungsväter der SPD zu alternativen Unternehmensführungen, beispielsweise von Ferdinand Lassalle, der in der Gründung von Produktivgenoss\*innenschaften die Überwindung der Lohnabhängig-

keit sah, die Arbeitnehmer\*innen stärken. Diese fungieren bei dieser Form als Mitglieder der Genoss\*innenschaft und sorgen durch das Demokratieprinzip für gute Arbeitsbedingungen, da die Unternehmensführung nicht alleine den Vermögenden überlassen wird. Zudem profitieren die Arbeiter\*innen als Anteilseigner\*innen auch vom Unternehmenserfolg.

## JUSOS IM NETZ

Falls Du über dieses Thesenpapier hinaus Lust auf politische Inhalte hast, dann like uns auf **Facebook**, folge uns auf **Twitter** unter **@JusosNdbyern** oder besuch uns auf

**[jusos-niederbayern.de](http://jusos-niederbayern.de)**

Insbesondere aber möchten wir Dir unseren Blog ans Herz legen. Unter

**[blog.jusos-niederbayern.de](http://blog.jusos-niederbayern.de)**

kannst du unsre Meinungen und Inhalte zum Zeitgeschehen verfolgen.

## FOR THE MANY, NOT THE FEW

### Wie die SPD wieder zur Arbeiter\*innenpartei wird

von **Tobias Hartl**

Seit Jahren steht die Sozialdemokratie in Deutschland vor sinkenden Umfragewerten und weiß diese nicht so recht zu erklären. Dabei teilt sie mit den Gewerkschaften das gleiche Problem: Durch den technischen Fortschritt bedingt sank ab den Siebzigern bis zur Jahrtausendwende der Bedarf an Arbeitskräften im Industriesektor, gleichzeitig stieg durch Produktivitätszuwächse das reale Einkommen der Haushalte. Als Folge fragten die verbliebenen Industriearbeiter\*innen immer mehr Dienstleistungen nach, was zu einer Verschiebung der Arbeitsplätze aus dem Industriesektor hinaus und hinein in den Dienstleistungsbereich führte. Da Dienstleistungsanbieter, sofern sie nicht ohnehin selbstständig organisiert sind, in aller Regel weder besonders viele Beschäftigte im Betrieb angestellt haben, noch ein

herausragendes Maß an Gewerkschaftsbindung aufweisen, führte der wirtschaftliche Fortschritt zur Dienstleistungsgesellschaft gleichzeitig auch zu einem Zersplittern der organisierten Arbeiter\*innenschaft die damit schwieriger zu mobilisieren wurde. Da sich die Anzahl der Arbeitsstätten erhöhte, stieg ebenso die Vielschichtigkeit der Probleme wie auch die Schwierigkeit, diese zu beheben. Hatte man in den 1960ern in erster Linie die Klientel der Industriearbeiter\*innen zu vertreten, also Arbeitskräfte in unbefristeten Vollzeitverhältnissen mit Tarifbindung, Kündigungsschutz und demokratischer Mitsprache im Betrieb, so müssen heute auch die Interessen des mittlerweile größten Sektors, namentlich der Dienstleistungen, in den politischen Forderungskatalog aufgenommen werden. Deren Interessen sind aufgrund der Zersplitterung nicht nur vielschichtiger, sondern - bei-

spielsweise bei unbezahlten Überstunden, Schattenarbeit oder Bezahlung unterhalb des Mindestlohns - auch schwieriger zu kontrollieren. Gleichzeitig scheinen, jedenfalls aus einer spieltheoretischen Perspektive, Arbeitgeber\*innen aus dem wachsenden Dienstleistungssektor offener gegenüber Rechtsverstößen, da der Reputationsverlust für kleinere Unternehmen eine geringere Rolle spielt als für die großen Industriekonzerne. Damit ergibt sich zusammenfassend das Problem, dass einerseits die Komplexität und die Anzahl der zu vereinenden Forderungen der sozialdemokratischen Klientel gestiegen sind. Andererseits wenden sich aufgrund der mangelnden Regulierbarkeit von kleinen Dienstleistungsunternehmen Arbeitnehmer\*innen von der Sozialdemokratie ab, da sie sich nicht mehr vertreten fühlen. Die Sozialdemokratie muss es nun leisten, die Arbeit im 21. Jahrhundert neu zu organisieren. Sie muss den Mut haben, radikale Änderungen durchzusetzen, weil sich der Arbeitsmarkt ebenso radikal

geändert hat. Und sie muss aggressiver und offensiver für die Arbeitnehmer\*innen agieren, da aufgrund sinkender Tarifbindungen eine Machtverschiebung von der Arbeitnehmer\*innenseite zur Arbeitgeber\*innenseite hin stattfand, die es nun durch die Politik auszugleichen gilt. Hierzu soll dieser Beitrag einen ersten Anstoß leisten.

Zu diesem Zweck werden zunächst die größeren Trends und Strukturbrüche der deutschen Volkswirtschaft aufgezeigt. Darauf aufbauend werden Forderungen abgeleitet, welche die Verschiebung der Marktmacht hin zu den Konzernen umkehren und umverteilend wirken sollen. Dass die SPD mittlerweile erkannt hat, dass aus der vergleichsweise positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland (niedrige Arbeitslosigkeit, positive Auftragslage, wachsendes BIP) nicht notwendigerweise mehr Wohlstand für alle folgen muss, ist erfreulich. Nun gilt es, den mittlerweile größer gewordenen Kuchen gerecht unter allen zu verteilen.

## Megatrends der deutschen Volkswirtschaft

Im Folgenden werden die großen Treiber des deutschen Arbeitsmarkts vorgestellt und diskutiert. Wir analysieren, welche Verteilungswirkungen die jeweilige Änderung hatte und wer profitierte.

### 1.: Zunahme der wissensintensiven Beschäftigung

In den letzten Jahren lässt sich beobachten, dass wissensintensive Berufe - das sind Berufe, die eine hohe formale Qualifikation also üblicherweise ein Hochschulstudium erfordern - proportional sehr stark zugenommen haben. Dies ist in erster Linie einer gestiegenen Komplexität der Produkte geschuldet, die in der Industrie produziert werden. Andererseits benötigt gerade der wachsende IT-Sektor im Dienstleistungsgewerbe vergleichsweise viele hochqualifizierte Arbeitskräfte. Durch die steigende Nachfrage nach Akademiker\*innen sprechen manche Forscher\*innen in diesem Segment bereits von einem Arbeitnehmer\*innenmarkt

für Hochqualifizierte. Zwar scheint letztere Behauptung überzogen, dennoch steigt die Konzessionsbereitschaft von Unternehmer\*innen gerade in diesem Segment an. So sind Arbeitsplätze von Hochschulabsolvent\*innen häufig besser mit einem Familienleben vereinbar, beispielsweise durch die Möglichkeit von Heimarbeit. Beschäftigte im wissensintensiven Sektor werden mit Dienstwägen geködert und erzielen überdurchschnittlich gute Lohnabschlüsse. Gleichzeitig entwickelten sich die Löhne der geringeren Qualifikationen deutlich schlechter, sodass die Einkommen von wissensintensiven und nicht wissensintensiven Jobs zunehmend auseinander driften: Gemäß der Surveydaten des IAB wuchsen die Löhne von Personen ohne Berufsabschluss in den letzten Jahren derart gering, dass das reale Bruttoentgelt (also das um Preissteigerungen bereinigte Einkommen) eines vierzigjährigen westdeutschen Arbeitnehmers aus dieser Gruppe heute unterhalb des Niveaus von 1984 liegt. Ein ähnliches Bild zeichnet sich

für Arbeitnehmer\*innen mit einer berufsqualifizierenden Lehre ab: Hier fand in den letzten 25 Jahren kein Reallohnzuwachs statt. Die Reallöhne von Meister\*innen und Hochschulabsolvent\*innen nahmen hingegen in den letzten Jahren kontinuierlich zu, wenn auch gering im internationalen Vergleich. Gleichzeitig wuchs die Produktivität um rund 25% in den letzten 25 Jahren. Diese wurde aber ausschließlich an Akademiker\*innen in Form von Reallohnsteigerungen weitergegeben. Entsprechend lässt sich feststellen: Infolge des Nachfrageanstiegs nach wissensintensiven Beschäftigten ergab sich eine Schieflage innerhalb der Arbeitnehmer\*innenschaft, welche in auseinanderdriftende Löhne nach Qualifikation mündete. Gleichzeitig wurden Produktivitätszuwächse nur an Hochqualifizierte weitergegeben. Zusätzliche Einnahmen aus der Mehrproduktion durch nicht wissensintensive Beschäftigte behielten die Arbeitgeber\*innen ein.

## **2.: Frauenerwerbsbeteiligung steigt**

Ein weiterer Trend der letzten Jahre war die stete Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung. Partizipierten 1980 nur rund die Hälfte aller Frauen am Arbeitsmarkt, so gehen heute mehr als 70% einer Beschäftigung nach. Dennoch ist der Arbeitsmarkt in Deutschland in den Händen der Männer: So verdienen Männer im Durchschnitt um 22% mehr als Frauen. Entsprechend ist die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen - ausgenommen des Peaks nach der Einführung des Mindestlohns - kein Ergebnis besserer Löhne, sondern offenbar eines Wandels der Präferenzen und Werte. Das nachhaltige Bestehen der Lohnlücke zeigt uns, dass einerseits der Arbeitsmarkt offenbar männerdominiert ist, und Lohnsteigerungen von Männern auf Kosten von Frauen durchgesetzt werden, was zu suboptimalen Arbeitsanreizen führt, nämlich der Reduktion des Arbeitseinsatzes von Frauen. Andererseits sollte die Lohnlücke dahingehend als problematisch empfunden werden, dass von ihr Fehlanreize für die Weiterqualifizierung von Frauen ausgehen,

und das in einer Zeit, in der der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften stetig zunimmt. Letztendlich aber ist ein Teil der Lohnunterschiede auch Ergebnis geringer Löhne im Pflege-, Erziehungs- und Gesundheitssektor, der in großen Teilen in öffentlicher Hand ist.

### **3.: Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt nimmt zu**

Eine weitere Beobachtung der letzten Jahre ist die Zunahme der Unsicherheit für Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt. War die Anzahl der Leiharbeiter\*innen in den frühen 2000ern noch gedeckelt, so folgte nach der Aufhebung eben jener Obergrenze eine Verdoppelung der Leiharbeiter\*innen in der Industrie. Gleichzeitig stieg die Zahl der Mini- und Midijobs im Dienstleistungssektor an. Wird eine Vollzeitstelle durch mehrere Mini- und Midijobs ersetzt, so sinkt einerseits das Niveau der sozialen Sicherung und andererseits die durchschnittliche Besetzungsdauer, da bei Mini- und Midijobs die arbeitsrechtlichen Schutzmechanismen gering

und die Praxis des "Hire and Fire" ausgeprägt ist. Auch ist Unsicherheit kein Effekt von nicht wissensintensiver Beschäftigung. Gerade im hohen Einkommenssegment ist ein Großteil der Stellen befristet, was zu mangelnder Planungssicherheit und Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen führen kann. Ferner fehlen gerade in Forschung und Entwicklung häufig Perspektiven für junge Arbeitskräfte. Zusätzlich zur Unsicherheit über die Stabilität des Beschäftigungsverhältnisses wird häufig ein gesteigertes Maß an Flexibilität erwartet, das sich vor allem durch unregelmäßige Arbeitszeiten, wechselnde Standorte und erhöhte Erreichbarkeit der Arbeitnehmer\*innen äußert. Trotz steigender Unsicherheit werden keine höheren Löhne gezahlt. Gerade im nicht wissensintensiven Beschäftigungssektor sind die unsichersten Stellen in aller Regel auch jene, die am schlechtesten vergütet werden. Von der Unsicherheit profitiert in erster Linie die Arbeitgeber\*innenschaft, welche leichter Beschäftigung abbauen und da-

mit flexibler auf Schwankungen in der Konjunktur reagieren kann. Andererseits kann die Stammbeschaft in geringem Maße profitieren, sofern durch den Abbau von „outsidern“ die „insider“ nicht um ihre Arbeit in Vollzeit fürchten müssen. Während die größere Unsicherheit im unteren Einkommenssegment unabhängig vom erwünschten Arbeitseinsatz der Beschäftigten zu sein scheint und in erster Linie der Aushöhlung des gesetzlichen Kündigungsschutzes dient, ist es im oberen Einkommenssegment durchaus plausibel, dass durch Unsicherheit Druck auf den\*die Arbeitnehmer\*in ausgeübt werden soll, um ein höheres Anstrengungsniveau zu induzieren.

#### **4. Disruption durch Digitalisierung**

Es ist davon auszugehen, dass die Digitalisierung insbesondere den Verfall von Berufsgruppen beschleunigt. Durch immer schnellere und effizientere Möglichkeiten, Arbeitsschritte durch Roboter oder Software erledigen zu lassen steigt auch

die Geschwindigkeit, mit der ganze Branchen ausgelöscht werden können. Einerseits ist das Ersetzen von Arbeitskräften im Rahmen der Digitalisierung positiv, da gleiche Güter mit weniger Arbeitseinsatz produziert werden können und die verbleibende Arbeitskraft anderweitig eingesetzt werden kann, sodass der zu verteilende Kuchen größer wird. Andererseits erwächst damit auch die Aufgabe der steten Weiterqualifizierung von Arbeitskräften, um eben nicht von der Digitalisierung in die Arbeitslosigkeit gedrängt, sondern sanft in eine andere Beschäftigung geführt zu werden. Die Problematik, die sich im Zuge der Digitalisierung ergibt, ist jedoch, dass in erster Linie repetitive Jobs im unteren Einkommenssegment ausgelöscht werden, während dieser Prozess gleichzeitig primär Jobs für abhängige Beschäftigte im oberen Einkommenssegment, also Ingenieur\*innen, Informatiker\*innen, usw. generiert. Insofern nutzt die Digitalisierung innerhalb der Gruppe der Beschäftigten vor allem den Hochqualifizierten,

während sie die Gefahr mit sich bringt, die Sockelarbeitslosigkeit dramatisch zu erhöhen.

### **5. Löhne steigen nicht**

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass in Deutschland die Löhne nicht oder nur sehr geringfügig wachsen. Das ist eigentlich paradox, da das historische Minimum der Arbeitslosigkeit mit einer Übernachfrage nach Arbeitskräften durch die Unternehmen einher geht, was den Preis - also die Löhne - anheben müsste. Im Gegenteil jedoch wachsen die Löhne in Deutschland weiterhin unterhalb der Produktivität. Aus der fehlenden Durchsetzungsfähigkeit von höheren Löhnen kann ein Machtungleichgewicht der Arbeitnehmer\*innenseite gegenüber der Arbeitgeber\*innenseite abgeleitet werden, sofern höhere Produktivitätszuwächse erzielt wurden, da dann der Kuchen ungleich zugunsten der Arbeitgeber\*innenseite verteilt wird. Dies ist unter anderem Ergebnis der gesunkenen Tarifbindung. Im Ergebnis führt dieses Ungleichgewicht dazu, dass Unternehmen seit Jahren Produktivitätszuwäch-

se kassieren, während die Kaufkraft der Haushalte vor sich hin stagniert oder infolge der kalten Progression sogar sinkt.

### **Die Zukunft braucht neue Ideen**

All jene genannten Trends haben gemein, dass sie den kompletten Arbeitsmarkt betreffen. Auch wenn Verteilungskämpfe innerhalb der Klasse der Arbeitnehmer\*innen auftreten, so wird die Verteilungsmasse zunächst im Kampf mit der Arbeitgeber\*innenseite definiert. Schließlich wird zunächst im Kampf zwischen den Tarifparteien abgesteckt, wie groß die unter den Arbeiter\*innen zu verteilende Masse ist. Die Sozialdemokratie ist also gut beraten, zu erkennen, dass ihre Klientel durch das Ankämpfen gegen Trends geeint wird, bei denen es um das Verteilen von zusätzlichem Kuchen geht. Und sie ist gut beraten, zu erkennen, dass dieser Kampf gegenwärtig ungleich geführt wird, weshalb es ihrer Intervention bedarf. Einzelne Maßnahmen werden im Folgenden kurz skizziert, welche

die Ungleichgewichte aufbrechen oder jedenfalls schmälern können.

### **Mut zur Qualifikationsoffensive**

Die Vorstellung des Arbeitslosengeld Q, welches finanzielle Sicherung für die Weiterqualifikation garantiert, war ein guter Anfang. Da Bildung der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist, braucht es eine Qualifikationsoffensive. Dabei müssen ausreichend Kapazitäten an Universitäten, Fachhochschulen und beruflichen Weiterbildungsstätten geschaffen werden. Anschließend muss den Arbeitnehmer\*innen genügend Zeit durch den\*die Arbeitgeber\*in eingeräumt werden, um sich weiterzuqualifizieren. Dabei dürfen Arbeitnehmer\*innen keineswegs finanziell alleine gelassen werden: Möglich wären Anwartschaftszeiten für längere Bildungszeiten, bei denen eine teilweise Lohnfortzahlung zur Pflicht wird. Je nach Dauer kann auch über staatliche Zuschussung nachgedacht werden. Kürzere Bildungsurlaube sind un-

ter allen Umständen zu billigen. Zur Sicherung der Qualität der Weiterbildung sollen Kurse im Idealfall an (Fach-)Hochschulen stattfinden. Gleichzeitig müssen stärkere Anreize für das duale Ausbildungssystem unabhängig des Alters der Person geschaffen werden: Die Mindestausbildungvergütung in ausreichender Höhe, eine Prämie durch den Staat bei erfolgreichem Abschluss nach längeren Phasen der Arbeitslosigkeit sowie die Verpflichtung von Unternehmen zur Ausbildung stellen Pfeiler einer soliden Ausbildungsstrategie dar. Schlussendlich müssen Bezugszeiten für ALG I erhöht werden, um die Wahrscheinlichkeit für Mismatches (also das Annehmen eines Jobs weit unter der eigenen Qualifikation, um nicht auf ALG II zu fallen) zu reduzieren.

### **Weg mit dem Gender Pay Gap**

Auch die Lohndiskriminierung von Frauen ist ein Phänomen, das über alle Branchen und Qualifikationen beobachtet werden kann. Hier muss der Staat korrigierend eingreifen, wenn

der Markt offensichtlich versagt. So sind steuerliche Regelungen wie das Ehegattensplitting, welches das Alleinernährermodelle staatlich subventioniert, endlich abzuschaffen, damit Anreize zur Partizipation am Arbeitsmarkt entstehen. Durch Frauenquoten in Führungsriegen ist Durchlässigkeit zu gewährleisten. Das Bildungs- und Ausbildungssystem ist so zu gestalten, dass sichergestellt ist, dass nicht zwischen den Geschlechtern diskriminiert wird. Bei Auszeiten vom Job für Familie und Pflege sind Modelle deutlich zu bezuschussen, die beide Elternteile zu gleichen Teilen in die Pflicht nehmen. Durch Frauen dominierte Berufsgruppen, insbesondere der Gesundheits-, Pflege- und Erziehungssektor, sind durch höhere Löhne deutlich aufzuwerten. Betriebe, bei denen zwischen den Geschlechtern hinreichend große Unterschiede an Gehalt gezahlt werden, sind zu sanktionieren.

**Sicherheit gewährleisten**  
**- Normalarbeitsverhältnisse durchsetzen**

Um die Unsicherheit auf dem

Arbeitsmarkt für Beschäftigte wirksam zu begrenzen, braucht es eine Vielzahl an Maßnahmen. Leiharbeit ist ausschließlich für die Überbrückung von Auftragspitzen zuzulassen. In diesem Falle müssen, aufgrund des größeren Risikos, deutlich höhere Löhne als in vergleichbaren Normalarbeitsverhältnissen gezahlt werden. Zusätzlich, da eine erhöhte Wahrscheinlichkeit besteht, in naher Zukunft arbeitslos zu werden, sind höhere Beiträge durch den\*die Arbeitgeber\*in an die Arbeitslosenversicherung abzuführen. Eine Erhöhung der Rentenbeiträge für die Arbeitgeber\*innenseite zur Kompensation von Einzahlungsausfällen aufgrund Arbeitslosigkeit ist zu erwägen. Gleichzeitig sind Minijobs zu verbieten und in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Zur Stärkung der Gewerkschaften ist über den Einsatz von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, insbesondere im Dienstleistungssektor, nachzudenken. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft

die Unternehmen mit mehr Macht ausstattet, dann muss der Staat den Gewerkschaften entsprechendes Rüstzeug zur Hand geben, um faire Ergebnisse erzielen zu können.

Auch sind Vollzeitstellen deutlich zu stärken. Beispielsweise könnte dies durch die Verteuerung der Abgaben für Teilzeitstellen bis zu einem gewissen Stundenumfang passieren. Befristung ist in Fällen zuzulassen, in denen andernfalls keine Beschäftigung angeboten werden könnte. Dies betrifft im Besonderen den Ersatz von anderen Arbeitskräften für eine bestimmte Zeit, z.B. wegen Elternschaft, oder die Anstellung in einem Projekt, dessen Laufzeit selbst begrenzt ist. Alle verbleibenden Stellen sind zu entfristen.

### **Digitalisierung für alle**

Digitalisierung bedeutet Beschleunigung des Wandels des Arbeitsmarkts. Entsprechend müssen Arbeiter\*innen die Möglichkeiten erhalten, flexibel auf diesen Wandel reagieren zu können. Neben der Qualifikationsoffensive benötigt Deutschland vor allem Mög-

lichkeiten der Entschleunigung für bestehende oder angehende Arbeitskräfte: Die Ausdehnung der Schul-, Ausbildungs- und Studienzeiten, die Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubsanspruchs auf ein vernünftiges Maß von 30 Tagen bei einer 5-Tage-Woche sowie eine strikte Beschränkung von Überstunden stellen notwendige Anpassungen an die neue Arbeitswelt dar. Bei Mehrarbeit ist zudem darauf zu achten, dass diese stets vergütet oder durch Freizeit ausgeglichen wird, wobei hier dem\*der Arbeitnehmer\*in Wahlfreiheit einzuräumen ist. Vertrauensarbeitsverhältnisse sind nur dann zulässig, sofern eine andere Regelung nicht möglich ist (z.B. bei Professor\*innen im Rahmen der Forschungsfreiheit). Zudem muss sichergestellt werden, dass der\*die Arbeitnehmer\*in für Zeiten der Erreichbarkeit mit vollem Gehalt entlohnt wird. Demnach muss unterbunden werden, dass Arbeitnehmer\*innen außerhalb der Arbeitszeit kontaktiert werden. Soll auch fernab der Arbeitsstätte Kontakt möglich sein, so ist die Zeit, in der die\*der

Arbeitnehmer\*in kontaktiert werden kann, als Arbeitszeit anzurechnen.

### **Reduktion der Arbeitszeit: Mut zur 35 Stunden Woche**

Da offenbar Produktivitätszuwächse nicht an Arbeitnehmer\*innen weitergegeben werden, ist es Zeit für den Staat, regulierend einzugreifen. Infolge der Produktivitätszuwächse kann heute in 35 Stunden problemlos das produziert werden, was im Jahr 2000 noch auf 40 Stunden hergestellt wurde. Gleichzeitig wünschen sich nach Umfragedaten des IAB die Mehrzahl der Arbeitnehmer\*innen in Vollzeitstellen eine Reduktion der Wochenarbeitszeit. Entsprechend soll die Sozialdemokratie dem Wunsch der Beschäftigten nach einer Senkung der Arbeitszeit folgen und die 35 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich einführen. Dies würde den Beschäftigten ein deutliches Mehr an Freizeit einräumen und Anreize für den Übergang von Teilzeit in Vollzeit schaffen. Ferner bietet die 35 Stunden Woche den Gewerkschaften jener

Branchen, die bereits eine entsprechende Arbeitszeit erstritten haben, die Möglichkeit, weitere Forderungen darüber hinaus geltend zu machen. Langfristiges Ziel muss eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden sein.

### **Mutig voran zur Arbeiter\*innenpartei**

Hat die Sozialdemokratie verstanden, dass die Arbeiter\*innenschaft durch das gemeinsame Kämpfen für eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Volkseinkommens geeint wird, dass sie sich nach einer Arbeiter\*innenpartei sehnt, die den Kräften des Marktes Einhalt gebietet und die Digitalisierung zum Wohle aller, nicht nur der Kapitalist\*innen, gestaltet, die berufliche Sicherheit herstellt und Geschlechterdiskriminierung verhindert und die Arbeitslosigkeit morgen durch Qualifizierung heute vorbeugt, so kann sie in Deutschland durchaus wieder Erfolg als Anwältin der Arbeiter\*innen haben. Dafür braucht die Sozialdemokratie Mut und Selbstbewusstsein. Wir wünschen es ihr.

## GERECHTIGKEIT NEU DENKEN, SPD!

von **Marvin Kliem**

Wir leben heute in einer Welt, in der es vielen jungen Leuten egal zu sein scheint, was Politik ist und was sie eigentlich macht. Es scheint so, als ob es uns allen viel zu gut gehe: Wir sind tätowiert, wir haben Smartphones, wir haben Wearables, wir haben so viel Essen, dass wir es ohne Weiteres einfach wegschmeißen können, wir haben alle ein Dach über dem Kopf und wir interessieren uns viel mehr für Computerspiele als für dieses abstruse Ding „Politik“! Moment! Ist das wirklich so? Denken wir so?

Es ist überall wahrzunehmen, dass nicht nur der ökonomische Druck zusehends wächst, auch die gesellschaftlichen Konditionen erheben einen immer höheren Anspruch an uns. Und genau diese gesellschaftliche Denkweise – das Einfordern von immer mehr Leistung - ist direkte Konsequenz aus der bei uns exis-

tierenden Wirtschaftsordnung, die an vielen Stellen Ausbeutung und Ausgrenzung als Konsequenz hat, in der die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht und die auf der Ideologie der Konkurrenz basiert: Die ökonomischen Ungleichheiten haben in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen: Am oberen Rand ist eine starke Konzentration von Vermögen und Spitzeneinkommen festzustellen – begünstigt durch eine entsprechende Steuerpolitik – und am unteren Rand verfestigt sich die Armut auf dramatische Weise. Laut verschiedensten Analysen auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) noch aus dem Jahr 2016, entfallen vom gesamten Nettovermögen der privaten Haushalte rund zwei Drittel auf die reichsten zehn Prozent. Auch der Gini-Koeffizient, der die Ungleichverteilung von Vermögen darstellt (0 = Vermögen ist auf alle gleich aufgeteilt; 1 =

gesamtes Vermögen im Besitz eines/einer Einzelnen), zeigt, dass Deutschland derzeit bei einer Vermögensungleichverteilung von 0,78 liegt – Tendenz steigend. Laut der OECD hemmt eine solche Ungleichheit letztlich auch das Wirtschaftswachstum. Aber nicht nur das: Sie bringt ebenfalls eine ungleiche Verteilung von Teilhabechancen mit sich, untergräbt Freiheiten und politische Einflusschancen aller Bürger\*innen. Als Folge daraus wird nicht nur die Ökonomie in eine Krise geraten, sondern auch die soziale Teilhabe und – wie wir an dem Wahlergebnis der vergangenen Bundestagswahl mit dem Abschneiden der AfD auch ein Stück weit feststellen können – die Demokratie.

Diese Logik des kapitalistischen Systems, dass Aufstieg für alle möglich sei, wenn nur entsprechende Leistung gebracht wird, führt gerade in der jungen Generation zu Problemen. Viele Jugendlichen werden zunehmend auf ihre Funktion als zukünftige Arbeitskraft, Investition in die Zukunft und auf die Rolle als

Konsumierende reduziert. Ihre Jugendphase wird somit auf das Leben im Kapitalismus eingengt und mit doppeltem Maß gemessen: Einerseits werden sie klein, passiv und ein Stück weit unbedeutend gemacht, andererseits werden sie aber auch schon früh wie Erwachsene behandelt. Der Leistungsdruck und die Erwartungen an junge Menschen nehmen merklich in allen Lebensbereichen zu: In der Schule mit dem steigenden Konkurrenzdruck in der Notengebung oder das sture Vorsetzen von Lehrinhalten, ohne auf die jeweiligen Begabungen der Kinder und Jugendlichen zu achten. Im Studium brennen die Themen der zunehmenden Verschulung des Studiums, das Wiederaufkommen von Anwesenheitspflichten und die begrenzenden, extrem unter Zeitdruck setzenden Regelstudienzeiten.

Zudem ist unsere Generation eine Generation der ökonomischen Probleme: Was unseren Eltern als Abstieg droht, ist für viele von uns heute schon Nor-

malität. Nicht erst seit gestern entwickelt sich die Situation junger Menschen europaweit zum Schlechteren: Schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen sind Themen, mit denen gerade junge Leute in Südeuropa zu kämpfen haben. In Deutschland sorgen unter anderem Leiharbeit, Leistungszwang, sachgrundlos befristete Verträge und Hartz IV nicht nur für eine allgemein schlechtere ökonomische Situation, sie tragen auch stark zu Perspektivlosigkeit und Verunsicherung junger Menschen bei. Laut dem statistischen Bundesamt ist es für knapp 4,4 Millionen Menschen in der Bundesrepublik heute Alltag Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen zu müssen. Natürlich haben viele prekär Beschäftigte, Auszubildende und Studierende auch Angst morgen dazuzugehören, was dazu führen kann, dass diese dann auch auf niedrigere Löhne sowie Überstunden verzichten. Der Zustand der gesellschaftlichen Ungleichheit, der Angst und des Abstiegs ist auch zu großen Teilen Produkt unseres ausufernden

den Kapitalismus, der vonseiten der Politik von Rot-Grün unter dem SPD-Neoliberalen Schröder, von Schwarz-Gelb aber auch der Großen Koalition zu wenig beachtet wurde. Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Änderungen – besonders unter der Regierung Schröders – waren Rückschritte und das Ergebnis der neoliberalen Übermacht in unserer Gesellschaft: Sie haben die Kräfteverhältnisse noch einmal stark zugunsten des Kapitals und seiner Lobby verschoben und somit uns junge Leute durch mehr Leistungserwartungen zusätzlich extrem unter Druck gesetzt. Die Agenda 2010, die im Jahr 2003 begonnen wurde, hatte ursprünglich – etwas vereinfacht dargestellt – zum Ziel, die damals bei etwa 10% liegende Arbeitslosenquote zu senken und die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte sollten wieder eine Beschäftigung bekommen. Die Regierung verbesserte in erster Linie allerdings erst die Möglichkeiten für Unternehmen, Arbeiter\*innen für einen gerin-

geren Lohn anzustellen, wie vorher, indem sie die Leiharbeit deregulierte und dafür sorgte, dass Leiharbeiter\*innen zeitlich unbegrenzt angestellt werden konnten und gleichzeitig viel weniger Entlohnung für deren Arbeit bekommen, als dies Festangestellte bekamen. Dies ist nur ein ganz kleines Beispiel für den neoliberalen Geist in dieser Reform. Die Einführung des 3-Säulen-Modells der Rente und dem damit einhergehenden Absenken des gesetzlichen Rentenniveaus sowie Hartz IV und vieles, vieles mehr waren Inhalte der Schröder- und damit auch SPD-Politik um die Jahrhundertwende.

Für uns als SPD waren und sind diese Reformen auch eine Abkehr von unserem eigentlichen sozialistischen Selbstverständnis: Die „Agenda 2010“ brüskierte die Gewerkschaften und viele überzeugten Sozialdemokrat\*innen und zerriss unsere Partei, was zur Entstehung der Linken führte. Der Kurswechsel der Sozialdemokratie ging sogar so weit, dass selbst ein FDP-Politiker

Schröder applaudierte, als er die Leitlinie der „Agenda 2010“ zusammenfasst: »Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern.« (sic!)

Ja, das von Karl Marx gezeichnete Bild des vom Kapital unterdrückten Proletariats hat sich bis heute stark gewandelt, doch die Art und Weise hat dies nicht: Während früher tausende auf die Straße gingen und gemeinsam mit den Gewerkschaften für ihre Rechte kämpften, ist die gegenwärtig arbeitende und unterdrückte und ausgenutzte Gesellschaft eher zurückgezogen. Die Gewerkschaften können kaum besonders viele junge Leute ansprechen. Bei den politischen Parteien sieht es sehr ähnlich aus. Das generelle gesellschaftliche Engagement unter jungen Leuten wird geringer, die Interesse aber ist an vielen Stellen da. Die mangelnde Zeit eines intensiveren Engagements und/oder Ängste vor potentiellen beruflichen Problemen aufgrund

eines gewerkschaftlichen oder politischen Engagements spielen allerdings bei vielen eine Rolle, was zu einem niedrigeren Organisationsgrad junger Leute in Gewerkschaften und Parteien führt.

Neben der Generation der ökonomischen Probleme zählen wir also auch zu einer Generation der Angst und der Zurückhaltung, oder ist das doch etwas zu überspitzt? Was ist mit den vielen, besonders jungen Leuten, die im Jahr 2017 mit Schulz in die SPD eingetreten sind? Was ist mit den jungen Leuten, die sich in gesellschaftlichen Initiativen organisieren und nicht parteipolitisch aktiv sind? Genau, die sind alle ein Zeichen dafür, dass wir junge Leute doch nicht so uninteressiert, ängstlich oder zurückhaltend sind. Wir wollen unsere Gesellschaft gerechter machen!

Um dies jedoch zu erreichen, müssen wir uns alle zu einer neuen, sozialen Jugendbewegung zusammenschließen und mit unseren Eltern und Großeltern in diesem Deutschland, in diesem

Europa und der gesamten Gesellschaft für Fortschritte und für Gerechtigkeit kämpfen! Unsere Stimmen gegen den ausufernden Kapitalismus müssen lauter werden und brauchen auch politische Repräsentanz und Unterstützung durch Parteien, was allerdings nicht existent zu sein scheint.

Und genau deshalb sind jetzt wir als Mitglieder einer progressiven, linken, großen und stolzen SPD gefragt: Wir dürfen nicht länger dieses menschenverachtende neoliberalen System unterstützen und müssen klar unsere Partei wieder dorthin rücken, wo sie hingehört: Nämlich zu denen, die Hilfe benötigen, die unterdrückt und ausgebeutet werden. Wir müssen aus dieser Partei wieder eine Partei der sozialen Bewegung machen. Nur mit politischer Repräsentanz und Willen können wir diese Wirtschaftsordnung zu einer sozialen, wirklich gerechten Ordnung machen! Junge Leute aller Länder vereinigt euch! Es geht um uns! Es geht um unsere Zukunft!

Venceremos!

## LINKS, RECHTS, VOR, ZURÜCK

von **Nicole Kiendl**

„Der ist so links, dass er sich selbst rechts überholt“ – diesen Spruch haben die Meisten von uns schon mindestens einmal in ihrem Leben gehört. Egal, ob es um die „unfassbare Gewaltbereitschaft der Antifa“ geht, die damit ja sowieso nicht besser ist, als Neonazis, oder ob sich linke Politiker\*innen gegen die Aufnahme Geflüchteter aussprechen – alles kann damit erklärt werden, dass sich „die Linken“ eben „rechts überholen“. Häufig wird dabei noch impliziert, dass dies nur zu erwarten war. So sind sie eben, die Ganzlinken. Und die Nichtganzsolinken? Die sind selber Schuld, haben sie sich doch über Jahre von der eigenen Wähler\*innenschaft völlig entfremdet.

Spätestens seit des Erscheinens der Autobiografie Didier Eribons im Jahr 2016 ist diese Debatte aktueller denn je. Viele dieser Sprücheklopfer\*innen fühlen sich

seither in ihrer Ansicht über das politische Spektrum bestätigt. Wie in den meisten Fällen, ist es jedoch auch hier nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick wirken mag.

In „Rückkehr nach Reims“ schreibt der Autor über seine Kindheit und Jugend als Kind einer typischen Arbeiter\*innenfamilie, der sich vor allem aufgrund seiner Homosexualität dieser nie wirklich zugehörig fühlt. Er berichtet außerdem auf beeindruckende Art und Weise von den politischen Gesinnungen seines Umfeldes. Seine Familie und Bekannte wählen die kommunistische Partei. Genau genommen wählen sie sie nicht nur, sondern sie identifizieren sich in ihrer gesamten politisierten Existenz mit dieser Partei. Ihre Fahne weht im Garten des hart erarbeiteten Häuschens, und am Stammtisch schimpft man gemeinsam gegen politische Gegner\*innen. Eribon, 1953 geboren, wächst in einer

Zeit auf, in der wirtschaftlicher Aufstieg durch harte Arbeit möglich war, beziehungsweise die Menschen, und vor allem die Menschen, die sich der Arbeiter\*innenklasse zugehörig fühlen, zumindest das Gefühl haben, dass sich das eintönige Schuftentum lohnt. Er selbst hat das Bedürfnis, dieser Welt zu entfliehen, liest Marx, Trotzki und Lenin, feiert das Proletariat, während er seine eigene tatsächlich proletarische Familie mehr und mehr verachtet.

Durch die zunehmende Technisierung der Fabriken und das Outsourcing von Arbeitsplätzen fallen viele Arbeitsplätze des von Eribon beschriebenen Proletariats weg, und in Eribons Familie steigen die Existenzängste. Lange Rede, kurzer Sinn: Front National-Gründer Jean-Marie Le Pen befeuert diese Ängste, Eribons Familie wählt heute FN. Die Entwicklungen, die Eribon beschreibt, bestätigen damit alle möglichen Vorurteile gegenüber Arbeiter\*innen, Linken, Rechten, Kommunist\*innen, Ausländer\*innenhasser\*innen, Intellektuellen, warum diese

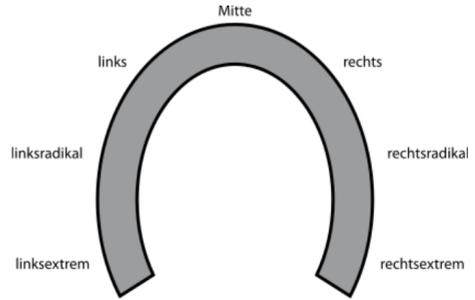
verschiedenen Gruppierungen wählen, wie sie wählen, und gegen wen und was man sonst noch Vorurteile hat.

Warum das eben nicht so einfach ist, und warum es trotzdem wichtig ist, sich auch in Deutschland und gerade als Juso damit auseinanderzusetzen, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

Fangen wir beim klassischen politischen Spektrum an. Die Aufteilung von links (egalitär / progressiv / internationalistisch) nach rechts (elitär / konservativ / nationalistisch) stammt aus dem 18. Jahrhundert. In der französischen Nationalversammlung von 1789 saßen die verschiedenen „Parteien“ mehr oder weniger zufällig in dieser Aufteilung, die sich schnell als Begrifflichkeit durchsetzte. Über Jahrhunderte hinweg dienten diese Begriffe auch als Identifikationsmuster. Man musste nicht mehr ausführlich die eigene politische Einstellung erklären, sondern bezog sich schlichtweg darauf, klassisch links oder rechts zu sein, höchstens noch mit einem „-extrem“ versehen. Im letzten Jahrhundert fräste diese Identi-

fikation immer weiter aus, und Worte wie „mitte-links“ kamen auf. Immer häufiger distanzieren sich Parteien auch vollends von Richtungen, bezeichneten sich nur noch als mittig, oder spezifischer als beispielsweise konservativ (oder im Falle der CSU einfach nur als „bayrisch“ was wohl für sich sprechen soll, aber offensichtlich ziemlicher Blödsinn ist). Für viele Bürger\*innen entsprang daher das Bild einer schlichten Linie, auf der Parteien und Einstellungen zu verorten waren. Nach verschiedensten extremistisch-motivierten Vorfällen, wie zum Beispiel den Anschlägen der linksterroristischen Vereinigung RAF, kamen immer mehr Politikwissenschaftler\*innen zu dem Schluss, dass diese vereinfachte Darstellung des Spektrums keinen Sinn ergebe, denn schließlich wäre der Terrorismus der RAF genau genommen dem rechten Terrorismus näher, als den sich als links bezeichnenden demokratischen Parteien des parlamentarischen Systems. Daraus folgerten sie, dass sich diese Verortungslinie an ihren Enden

annähern müsste. Es entstand die sogenannte Hufeisentheorie: Aufbauend auf dieser macht der



<https://goo.gl/2gtLCf>

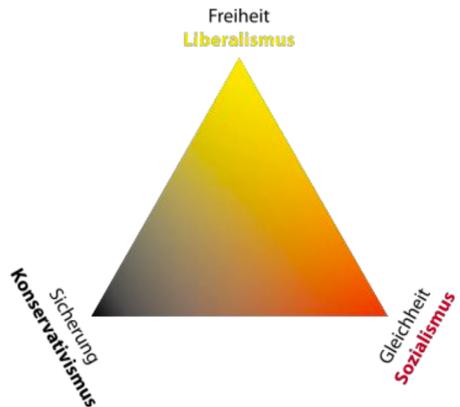
zu anfangs erwähnte Ausruf des sich rechts selbst überholenden Linken tatsächlich Sinn. Die häufige Verwendung des Schemas wird oft und zu Recht kritisiert. Wenn ein\*e Linksextreme\*r und ein\*e Rechtsextreme\*r etwas anzünden, in die Luft jagen, oder mit Farbbeuteln, Tomaten und faulen Eiern bewerfen, dann mag die Art und Weise, der eigenen Meinung Ausdruck zu verleihen, die Gleiche sein, und damit der Theorie ihre Legitimität geben. Der entscheidende Punkt ist jedoch, dass es im politischen Spektrum nur zweitrangig um die Methodik gehen sollte, und sich die ausgedrückten Meinungen eklatant unterscheiden.

Herunter gebrochen bedeutet das also: Wenn ein\*e ehemalige\*r Wähler\*in der Partei Die Linke heute AfD wählt, weil er\*sie früher aus Protest wählte, die Linke für ihn\*sie inzwischen aber zum Establishment gehört, und die Alternative für Deutschland die einzige verbliebene Protestpartei darstellt, dann darf man durchaus anzweifeln, dass sich alle Ideologien, Meinungen und Einstellungen von heute auf morgen geändert haben. Von „Hoch die internationale Solidarität“ zu „Ausländer raus“ in unter vier Jahren? Unwahrscheinlich. Nicht völlig unmöglich, natürlich, aber dennoch unwahrscheinlich.

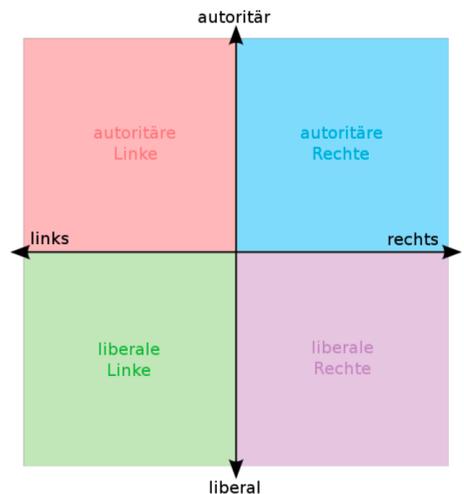
Im Laufe der letzten Jahre haben sich verschiedenste Arten der Darstellung der politischen Spektren herausgebildet. Sie alle aufzuzeigen würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen, und dennoch empfiehlt sich ein Blick in die unterschiedlichen Schemata, wie beispielsweise das Wertedreieck (Sicherheit – Freiheit - Gleichheit), den Kompass mit der Achse links-rechts, aber ergänzt durch eine Vertikale liberal-autoritär, oder die aktuell

sehr angesagten Milieustudien (z.B. Sinusmilieus).

Sie alle eint, dass sie sehr



<https://goo.gl/2gtLCf>



<https://goo.gl/2gtLCf>

vereinfachend wirken, denn das ist gewissermaßen der Sinn

dahinter. Doch keines bezeugt die unerhört eindimensionale Erklärung des Hufeisens, bei dem links und rechts sich so nahe sind, und die genau genommen nicht mal von zwölf bis Mittag denkt. Auch die Lektüre von Rückkehr nach Reims zeigt die Komplexität der Wahlentscheidung unterer Schichten und Klassen. Es ist nämlich keinesfalls so, als wären plötzlich alle von Kommunist\*innen zu Rechtsradikalen geworden – im Gegenteil. Homophobie, Ausländerfeindlichkeit und Sexismus waren schon verbreitet, als noch die Internationale im Hause Eribon gesungen wurde. Internationalismus war zwar schön und gut, aber durch seine hohe Komplexität kaum greifbar. Der alles erklärende und so viel einfacher gestrickte Nationalismus schwelte schon damals in vielen Köpfen. Kommunistisch wurde trotzdem gewählt, weil „man es eben so machte“ und „immer schon gemacht hatte“ und weil es die besten Kumpel aus der Fabrik auch so machten. Weil es die Möglichkeit bot, den Wirtschaftsleuten in Paris

Paroli zu bieten, und die Kommunisten die einzigen waren, die für die Arbeiter\*innenschaft kämpften. Dieses Gefühl hielt sich über viele Jahre. Dass sich die arbeitende Klasse mit der Zeit davon distanzierte, ist auch der Partei selbst zuzuschreiben: In der Hoffnung auf mehr Wähler\*innenstimmen näherte man sich anderen Parteien an, und es kam, wie es kommen musste: die Arbeiter\*innen, das Proletariat im eigentlichen Sinne, fühlten sich von ihrer proletarischen Vertretung im Regen stehen gelassen, und wurden es auch. Das betraf aber nicht nur die Kommunistische Partei in Frankreich, sondern traf in ähnlichem Ausmaß und wenn auch erst etwas später die Parti Socialiste, unsere sozialistische Schwesterpartei. Auch in Deutschland war die Entwicklung ähnlich. Schon die sozial-liberale Koalition unter Schmidt war kaum noch als arbeitnehmer\*innenfreundlich zu bezeichnen, und spätestens seit der Agenda sprechen Kritiker\*innen davon, dass sich die SPD von ihrer Stammwähler\*innenschaft vollends

abgewendet hat. Diese Politik, die Arbeiter\*innen den Rücken kehrt, und gleichzeitig kaum erklärt wird, ist eher dafür verantwortlich zu machen, dass Menschen von links nach rechts wechseln. Schließlich wird am rechten Rand eine einfache Sprache gesprochen: Schuld sind Ausländer\*innen, „die da oben“ und Feministinnen (kein Sternchen, denn welcher echter biodeutsche Mann wäre so geistig verblendet, Frauen gleiche Rechte geben zu wollen?!?!?!?). Womit wir beim Thema Entfremdung wären. Eribon beschreibt sehr eindrücklich, wie sehr er sich nach einer proletarischen Revolution sehnte, die in einem kommunistisch organisierten System enden sollte. Das Proletariat als Klasse wäre stark genug, um die Unterdrückung durch die Bourgeoisie zu brechen, und einen Arbeiter\*innenstaat zu schaffen. Gleichzeitig schreibt er von seiner Verachtung gegenüber seiner eigenen Familie, seiner Herkunft, die er in Paris für Jahre verleugnen sollte. Diese Dialektik ist nicht nur spannend, sondern auch überraschend ak-

tuell. Gerade unter Jusos finden sich viele Studierende auf dem Weg zum\*r Akademiker\*in, die über kommunistische und sozialistische Bücher sprechen, als hätten es ihnen ihre Eltern schon zum Einschlafen vorgelesen. Um eines vorweg zu nehmen: Eine grundtheoretische Ausbildung schadet niemandem, vor allem nicht Menschen, die sich selbst Sozialist\*innen nennen, und damit ständiger Kritik ausgesetzt sind. Es ist wichtig, sich mit dem Begriff und seiner Historie auseinanderzusetzen, um sich frei von DDR-Vorwürfen so bezeichnen zu können. Und dennoch ist es vielen, die nicht gerade Politikwissenschaften studieren, nicht in diesem Umfang möglich, sich mit der Materie auseinanderzusetzen, weil häufig schlicht die Zeit fehlt. Auch das ist in Ordnung. Im Gegenteil, es ist nicht nur in Ordnung – es sollte der Normalfall sein.

Als Partei, die sich bis heute als Arbeiter\*innenpartei versteht, sollte es die Norm sein, dass das Zeitpensum einer arbeitenden Person Abläufe bestimmt, und nicht das von Studieren-

den. Nicht umsonst sehen sich gerade in Studistädten viele Jusoverbände damit konfrontiert, nur einen geringen Anteil an Nicht-Studierenden bei Sitzungen und Aktionen anzutreffen. Zwar sind auch nirgends die Verbände so stark, wie in größeren Städten mit Universitäten, aber dennoch sollte es nicht die Regel sein. Wer vom Aufstand des Proletariats träumt, sollte nicht darauf warten, dass es von alleine vorbeikommt, um dann vor vergeistigten Diskussionen zu stehen. Vielmehr sollte es das Ziel sein, weiterhin ins Gespräch zu kommen und über alltägliche Probleme von Menschen in Erwerbsarbeit zu sprechen, auch wenn dabei Grundsatzdebatten natürlich keinesfalls außen vor bleiben sollten. Es gilt, ein gesundes Maß zu finden. Wichtiger denn je ist, dass wir zu allererst unsere Standpunkte erklären, unsere Vorhaben, unsere Politik. Und das am besten so, dass es jede\*r versteht.

Letztendlich ist es sinnvoll, die angesprochene Dialektik Eribons zu durchleuchten, zu reflektieren, und sich dabei zu allererst an

die eigene Nase zu fassen. Wir können und müssen daraus lernen, auch wenn eine einzelne persönliche Geschichte natürlich nicht für das gesamtgesellschaftliche Problem von Entfremdung oder dem Wegfall der klassischen Arbeiter\*innenschicht stehen kann. Dennoch zeigt es manche Symptomaten auf, die für uns im Kampf um Wähler\*innenstimmen, für mehr soziale Gerechtigkeit, und vor allem um unsere Glaubwürdigkeit immer wieder wichtig werden könnten.

Wer den weiteren Aufstieg von rechten Parteien verhindern möchte, darf also nicht damit aufhören, Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten, ins Gespräch zu kommen, um Mitglieder, die tatsächlich ganz „normaler“ Arbeit nachgehen, zu werben. Nur so kann die SPD, können die Jusos, ihrem Anspruch als Vertretung der Arbeitnehmer\*innen gerecht werden.

## DIE RECHTEN UND DIE SOZIALE FRAGE - EIN VERGLEICH ZWISCHEN AfD UND FRONT NATIONAL

von **Marius Schlosser**

Sie stehen beide ganz rechts außen, fürchten eine Überfremdung oder Islamisierung und haben den Begriff der Identität zu einem ihrer politischen Kernpunkte erklärt. Die Rede ist vom französischen Front National und seinem deutschem Pendant, der AfD. Während die einen von deutschen Medien meist als rechtsextrem bezeichnet werden, verzichten die Öffentlich-Rechtlichen bei den anderen mittlerweile sogar auf den Zusatz „rechtspopulistisch“. Trotz eindeutiger ideologischer Schnittmengen dauerte es einige Zeit, bis man es schaffte, auch gemeinsam öffentlich aufzutreten. Ausschlaggebend hierfür war allerdings nicht die Frage wieweit rechts man sich jeweils positionieren möchte, sondern vor allem (vermeintlich) unterschiedliche Ausrichtungen in der Sozialpolitik. So vermeldete die

Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, noch in einem Interview mit der Zeit aus dem Sommer 2015: »Mit dieser Partei hat die AfD nichts gemeinsam. Schließlich steht die AfD für mehr Freiheit und Eigenverantwortung anstatt für mehr Staat und weitere Umverteilung.« Noch deutlicher wurde ihre Kollegin Beatrix von Storch. Diese bezeichnete den Front National als eine linke, ja gar sozialistische Partei. Doch spätestens seit dem gemeinsamen Auftritt von Petry und der FN Vorsitzenden Le Pen in Koblenz, einem Schaulaufen der europäischen rechtsaußen-Prominenz, sowie der gemeinsamen Fraktion im europäischen Parlament, scheinen diese Zweifel völlig aus der Welt. Dennoch scheint die Parteien, gerade im Bezug auf die Soziale Frage, mehr als nur der Rhein zu trennen. Das verwundert, behaupten doch beiden gerne die Interessen der „kleinen Leute“ zu vertreten und

für „das Volk“ zu sprechen. Doch wie viel soziale Gerechtigkeit steckt in der selbsternannten Alternative und der nationalen Front? Können diese Parteien tatsächlich abseits der populistisch aufgeladenen Themen von Kultur, Identität und Migration etwas zum aktuellen politischen Diskurs beitragen? Oder um den Bogen zum großen Thema dieses Papiers zu spannen: Ist eine Kapitalismuskritik von rechts möglich? Dazu wird nun Geschichte und Programm der beiden jeweils analysieren und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten.

## 2. Geschichte

### 2.1 Geschichte der AfD

Die Geschichte der AfD beginnt 2013 mit der Gründung als EU- und vor allem eurokritische Partei, in Folge der sich zuspitzenden Schuldenkrise in Südeuropa. Auch damals begab man sich schon in rechtspopulistisches Fahrwasser und beteiligte sich rege an der von Springer und Co. geführten Debatte über "faule Pleitegriechen und die „hart ar-

beitenden Deutschen“ Trotz einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung und einem Ideal vom schlanken Staat schaffte man es, sich unter der Bedienung chauvinistischer Ressentiments als Stimme des „einfachen Volkes“ zu präsentieren. Mit reiner Europa-Kritik und Adjektiven wie „liberal“ und „konservativ“ war es spätestens dann vorbei, als der rechte Flügel um Frauke Petry die Partei übernehmen und einen großen Teil der gemäßigeren Vertreter\*innen vertreiben konnte. Es folgten die weltpolitischen Chaosjahre 2015 und 2016 mit allen bekannten Folgen: Die AfD stieg in den Umfragen und zog erfolgreich in mehrere Landtage ein. 2017 schaffte sie es zudem mit über 12% in den Bundestag einzuziehen. Im Anschluss an diesen Erfolg kam es erneut zu Spaltungstendenzen und die ehemalige Gallionsfigur Frauke Petry verließ mit einigen ihrer Anhänger sowohl die Partei, als auch die neu gewählte Fraktion. Dies führte dazu, dass der rechtsextreme Flügel um Figuren wie Gauland, Höcke und Poggenburg immer mehr

den Kurs der Partei bestimmen konnte. Heute bietet die AfD alles, was das Gruselkabinett der deutschen Rechten zu bieten hat: Antisemitische Verschwörungstheoretiker\*innen, Reichsbürger\*innen, Putinfreund\*innen, Stammtischrassist\*innen und auch klassische Neonazis; welche alle gerne unter dem Euphemismus der „besorgten Bürger\*innen“ subsumiert werden.

## **2.2 Geschichte des Front National**

Die Geschichte des Front National beginnt deutlich früher. Gegründet wurde die Partei 1972 vom offenen Antisemiten Jean-Marie Le Pen, der bereits in den 50er Jahren als jüngster Abgeordneter in die französische Nationalversammlung einziehen konnte. Ziel der Gründung war dabei von Anfang an die Bündelung aller weit rechts stehenden Kräfte unter einer Dachorganisation. Dies führte zu verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei, die auf Basis von Kompromissen zusammengehalten wurden. Dabei

versuchte man sich vor allem an einem Spagat zwischen der parlamentarischen Arbeit für das rechtsnationale Bürgertum und der gleichzeitigen Einbindung junger, aktionsorientierter Rechtsextremer. Schon in dieser Phase begann der FN damit, um die Gunst von Arbeiter\*innen und Arbeitslosen zu werben, scheiterte dabei aber an der Stärke der französischen Linken. Zudem kam es zu einer engen Verflechtungen mit der intellektuellen neuen Rechten, deren Nachwirken wir heute in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern in Form der Identitären Bewegung erleben. In den 80er Jahren schaffte es der FN in die Nationalversammlung gewählt zu werden. Gleichzeitig profitierte er, wie Didier Eribon in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“ schildert, von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen im Zuge des französischen Strukturwandels weg von der Kohle- und Stahlindustrie. Er beschreibt, wie sich die Arbeiter\*innenschaft Nordfrankreichs von einer vermeintlich zu akademischen Linken hin zu den einfachen

Antworten des FN orientierte. 2002 schaffte es Jean-Marie Le Pen in die entscheidende zweite Runde der Präsidentschaftswahl, verlor in dieser aber deutlich gegen den damals amtierenden Präsidenten Chirac. Anfang der 2010er Jahre kam es zu einem Wechsel an der Spitze der Partei. Marine Le Pen, die heutige Parteivorsitzende, löste ihren Vater ab. Mit ihr begann eine Phase der Modernisierung, die die Partei von ihrem rechtsextremen Image lösen sollte. Dabei kam es vor allem zu einer Mäßigung in der Rhetorik, während die nationalistischen und fremdenfeindlichen Inhalte erhalten blieben. Dabei vermied man vor allem den Kontakt zu offen neofaschistischen Organisationen und schmiedete Allianzen mit europaweit erfolgreichen Rechtspopulisten wie Geert Wilders' PVV, der österreichischen FPÖ oder später auch der AfD. Im Laufe der Jahre entwickelten sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Vater und Tochter Le Pen zu einem offenen Streit. Hintergrund waren die holocaustrelativierenden Aussagen

von Le Pen Senior und sein Unwille, öffentlich den alten antisemitischen Positionen des FN abzuschwören. Er verlor den Ehrenvorsitz und wurde schlussendlich 2015 aus der Partei ausgeschlossen. Bei der Präsidentschaftswahl 2017 erzielte Marine Le Pen mit 21,3% im ersten Wahlgang das beste Ergebnis in der Geschichte des FN. In der Stichwahl scheiterte sie jedoch deutlich am liberalen Kandidaten Macron.

### 3. Programm

Für diesen Teil wird nun das Programm des FN zur Präsidentschaftswahl 2017 und das Programm der AfD zur Bundestagswahl 2017 betrachtet. Dabei soll das Hauptaugenmerk auf den Punkten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen. Grundsätzlich fällt unabhängig davon eine große Übereinstimmung bei klassisch rechtspopulistischen Themen wie Zuwanderung, Sicherheit und der Rolle der Nation in Europa auf. Beide Parteien wünschen sich ein

Europa der Nationen und Völker, bei dem die Kernkompetenzen in der Hand der Nationalstaaten liegen. Die heutige Form der EU wird abgelehnt und der Austritt aus der gemeinsamen Währung gefordert. Beide Parteien werben mit einer restriktiven Zuwanderungspolitik und wollen das bestehende Asylrecht noch weiter aushöhlen. Beide Parteien betonen eine christlich-europäische Kultur, die es vor vermeintlichen Gefahren wie „Überfremdung“ oder „Islamisierung“ zu schützen gelte. Zudem solle sich auch die Außenpolitik rein an nationalstaatlichen Interessen orientieren. Beide Parteien fordern eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland, unterhalten zudem gute Kontakte zum Putin-Regime und stehen laut Information des Spiegel im Verdacht, von dort auch finanzielle Zuwendungen zu erhalten.

### **3.1 Programm der AfD**

Trotz des andauernden Rechtsrucks und der Kleine-Leute-Rhetorik, hat sich die AfD ihren wirtschaftsliberalen Kern der Gründungszeit beibehalten. So

beschwört das Parteiprogramm bereits am Anfang des Wirtschaftsteils eine „mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik“, eine neoliberale Floskel die man sonst von Union und FDP kennt. Die Forderung nach der Abschaffung der Erbschaftsteuer und die gleichzeitige Ablehnung der Reaktivierung der Vermögenssteuer sorgen dafür, dass von der Politik der AfD vor allem Menschen mit großen Vermögen profitieren. Weiter heißt es: „Das primäre finanzwirtschaftliche Ziel der Alternative für Deutschland sind ausgeglichene Haushalte. Die Staatsausgaben sind durch Einnahmen zu decken. Die Erhöhung von Abgaben oder Aufnahme von Schulden zur Deckung der Ausgaben ist auf die strengen Vorgaben einer Schuldenbremse zu beschränken.“

Dieses Bekenntnis zu einer schwarzen Null schäublescher Prägung verhindert wichtige Investitionen in Bereichen wie Bildung, Infrastruktur oder Digitalisierung und geht deshalb zu Lasten aller, vor allem aber

der jungen Generation. Unter dem Euphemismus „Bürgerarbeit“ versteht die AfD eine Art Zwangsarbeit für Langzeitarbeitslose, die angeblich dem Gemeinwohl dienen soll. Dies soll laut des Programms abseits der Regeln des regulären Arbeitsmarktes stattfinden. Solch eine Arbeit widerspricht nicht nur jeder Form von humanistischem oder liberalen Weltbild, vielmehr tritt diese Forderung jede Form von Arbeitnehmer\*innenrechten mit Füßen, welche über Jahrzehnte erkämpft wurden. Auch der folgenden Absatz hat es in sich: „Grundlegende Elemente für eine prosperierende Wirtschaft sind für die AfD die Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte mit dem Gegenstück Haftung für das eigene Handeln, die Garantie des Privateigentums und der Marktpreis als Steuerungsmechanismus für wirtschaftliche Entscheidungen. Weitere wichtige Elemente sind die Sicherstellung von Wettbewerb auf den Märkten und die Verhinderung von marktbeherrschenden Stellungen sowie ein unbestechliches effizientes Rechtssystem, das Rechtssi-

cherheit und Rechtsfrieden gewährleistet und nicht zuletzt auch Bürger gegen Übergriffe des Staates schützt.“ Das ist auf Papier gebannter, neoliberaler Zeitgeist, hier findet man alles was wir als Jungsozialist\*innen ablehnen: Mehr Eigenverantwortung und Selbstoptimierung; Mehr Markt, mehr Wettbewerb, weniger Staat; der Staat soll das Eigentum der bereits Wohlhabenden schützen, während Form der Steuerung und Umverteilung als „Übergriffe“ diskreditiert werden. Zuletzt werden mit Bezug auf die Rente kaum neue Aspekte oder wirklichen Alternativen angeboten, es werden lediglich Rentner\*innen gegen Flüchtende und Menschen mit Migrationshintergrund ausgespielt, um so weiter Ängste zu schüren: „Auch aus diesem Grund ist die derzeitige Migrationspolitik sofort zu beenden. Die zur Zeit dort mobilisierten jährlichen Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der Alterssicherung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden.“ Der Fakt, dass die

Rente und die Unterbringung von Geflüchteten aus völlig verschiedenen Töpfen finanziert werden, wird hier im bekannten, populistischen Stil verschwiegen. Schlussendlich schafft es dieses Programm gekonnt, völkischen Nationalismus brauner Färbung mit schwarz-gelber, neoliberaler Wirtschaftspolitik zu verbinden. Der neue blaue Lack mag dies vielleicht im ersten Moment vertuschen, lässt aber sehr schnell Altbekanntes durchblitzen.

**3.2 Das Programm des Front National** Kennzeichnend für das Programm des FN ist das Prinzip der „nationalen Priorität“, das sich am besten mit dem Ausspruch „Les Français d’abord“ - „Franzosen zuerst“ zusammenfassen lässt. Hierbei geht es darum, dass Französ\*innen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, Wohnungen oder Sozialleistungen bevorzugt werden. Entscheidend dabei ist aber nicht nur der französische Pass, sondern beispielsweise auch Merkmale wie Hautfarbe, Herkunft oder Religionszugehörigkeit. Gleichzeitig spricht

sich der FN für einen „Wirtschaftspatriotismus“ aus. Dabei geht es um die Einführung von Schutzzöllen und die Ablehnung von Freihandelsabkommen, Elemente die auch in der aktuellen amerikanischen Politik zu finden sind. Hier sehen wir einen Gegensatz zur marktliberalen Politik der AfD. Eine weitere Forderung ist die Rente mit 60 Jahren, wiederum ein Thema, welches die deutschen Rechtspopulist\*innen anders sehen. So äußerte Frauke Petry gegenüber der „Welt am Sonntag“: „An einer weiteren Verlängerung der Lebensarbeitszeit führt kein Weg vorbei.“ Außerdem werde man „vermutlich über eine weitere Kürzung der Renten reden müssen“. Desweiteren wirbt der Front National mit dem Erhalt der 35 Stunden Woche und agitiert gegen die von Präsident Macron angestrebten Arbeitsmarkt-reformen. Ein weiteres sozialpolitisches Schmankerl ist eine sogenannte „Kaufkraft-Prämie“, die an Rentner\*innen und alle Menschen mit einem Einkommen unter 1.500 Euro im Monat ausgezahlt werden soll.

Doch auch den bereits bei der AfD erwähnten „Mittelstand“ hat die Partei für sich entdeckt. Für kleine und mittlere Unternehmen soll die Gewerbesteuer von heute 33 auf 24% gesenkt werden, für Kleinstunternehmen sogar auf 15%. Ebenso soll die in Frankreich fünfstufig erhobene Einkommenssteuer in den unteren drei Stufen abgesenkt werden. Auch der Freibetrag bei der Erbschaftssteuer soll erhöht werden. Trotz ausgereifterer Punkte im Bezug auf die Sozialpolitik, ist diese auch beim Front National nur nettes Beiwerk zu den Kernpunkten Europafeindlichkeit und Rassismus. Es finden sich weniger neoliberale Elemente als bei der AfD, dennoch sollen Unternehmer\*innen entlastet und das Vererben großer Vermögen erleichtert werden. Damit trägt der FN nicht zur Lösung der sozialen Probleme in Frankreich oder Europa bei und hat nicht das Recht, sich als die Stimme der „Abgehängten“ der Gesellschaft auszugeben.

#### 4. Schlussfolgerung

Diese Analyse zeigt, dass es den Rechten in Europa nicht um die Lösung der Sozialen Frage oder eine Reform des Kapitalismus geht. Während die AfD für ein „Weiter-so“ im neoliberalen Zeitgeist steht, fordert Le Pen (wie die twitternde Fönfrisur aus Übersee) eine re-Nationalisierung der Wirtschaft. Ungleichheit, Ausbeutung und der harte Konkurrenzdruck zwischen den Menschen bleiben in beiden Fällen bestehen. Für diese Parteien und ihre Vertreter\*innen spielen die schwächsten der Gesellschaft nur dann eine Rolle, wenn es darum geht sie gegeneinander auszuspielen und zu instrumentalisieren. Es werden die einheimischen Arbeiter\*innen, Rentner\*innen oder Arbeitslose auf emotionalisierende Weise den angeblich faulen oder gefährlichen Geflüchteten und Migrant\*innen gegenübergestellt. Der Kapitalismus und seine zerstörerischen Folgen werden nicht als abstraktes System der Herrschaft begriffen, sondern Probleme vereinfacht und personalisiert. Nicht

die strukturelle Gewalt, sondern schutzsuchende Menschen sind plötzlich Schuld an sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Dabei wird der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital völlig verschleiert. Es gibt kein oben und unten mehr, nur noch Einheimische und Fremde. Egal ob Arbeiter\*innen oder Unternehmer\*innen, solange sie beide in das nach nationalistischen und teils völkischen Idealen konstruierte Kollektiv passen, ist man bereit für sie Politik zu machen. Uns hingegen ist klar, dass man Klassengegensätze nicht einfach „wegnationalisieren“ kann. Sie sind notwendige Konsequenz eines auf Ungleichheit und Unterdrückung basierenden Weltwirtschaftssystems. Eben jenes System und seine Folgen sind auch der Grund, warum viele Menschen in ihrer Heimat keine Perspektive mehr sehen und sich deshalb auf den gefährlichen Weg nach Europa begeben. Alle reden von Alternativen, manche Organisation oder Partei trägt sie im Namen, für uns gibt es jedoch nur eine Alternative: Die Überwindung des kapitalisti-

schen Systems! Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Herkunftsländern, Religionen oder Kulturen, sondern ganz klar zwischen oben und unten. Genau zu dieser Frage liefern die europäischen Rechtspopulist\*innen jedoch keine Antwort. Sinnvolle Maßnahmen können weder Abschottung der Gesellschaft, noch ein Protektionismus in der Wirtschaftspolitik sein. Unser Ziel muss es sein, jedem Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde, materielle Absicherung und die Chance zum sozialen Aufstieg zu bieten. Richtige Maßnahmen hierfür sind eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, faire Löhne und Arbeitsbedingungen, ein starkes Netz der sozialen Sicherung und eine humane Geflüchtetenpolitik. Diese Antworten sind komplizierter als die der rechten Populist\*innen, aber sie sind der einzige Weg unsere Zukunft solidarisch und gerecht zu gestalten. Nur so können wir den aktuellen Rechtsruck aufhalten und ein gutes Leben für alle gewährleisten.

## TOO BIG TO FAIL? BANKENREGULIERUNG.

von **Georg Mitterbauer**

„Finanzkrise“ „Basel III“ „Eigenkapitalquote“ „Leverage“ – Begriffe, welche nun schon seit Jahren in den Medien rumschwirren und doch in breiten Teilen der Bevölkerung nur auf Unverständnis und auch Unkenntnis treffen. Verständlicherweise, muss man dazu sagen. Die Regulierung von Finanzinstituten und Kapitalmärkten ist langweilig, langwierig und schwer verständlich. Sie ist schlicht für einen einzelnen Menschen nicht zu überblicken. Abertausende Verordnungen und Bestimmungen füllen wiederum abertausende Seiten Papier und regeln, vereinfacht gesagt, alles vom Wertpapierdepot mit Fondssparplan für den 19-jährigen Azubi, bis hin zur Vergabe von milliardenschweren Krediten an Großkonzerne. Was kompliziert scheint, ist es meist auch, aber: die Regulierung von Banken ist keine Zauberei, auch ohne tieferen Einblick in die Regelwerke lässt sich nachvollziehen,

was notwendig ist, um Banken nachhaltig zu stabilisieren.

Um zu verstehen, warum wir überhaupt Bankenregulierung als gesondertes Thema aufgreifen müssen und es nicht einfach, wie in anderen Wirtschaftsbranchen, in erster Linie beim Verbraucher\*innenschutz belassen dürfen, braucht es den Blick in die Vergangenheit. Denn die heutige Situation der Banken spricht Bände über die gravierenden Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte.

Das Kreditwesen erfüllt im Kapitalismus schon immer eine überaus tragende Rolle. Ohne die Möglichkeit für Unternehmen und Staaten, Fremdmittel aufzunehmen um Ausgaben zu tätigen, um zu investieren und neue Märkte zu erschließen, hätte es das immense Wachstum der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten nie gegeben. Der Erfolg des Kapitalismus ist untrennbar mit dem Erfolg des Kreditwesens verbunden. Mit der Wirtschaft

wuchsen auch die Banken, denn immer größere Unternehmen und Aufträge erfordern nun mal immer größere Banken, mit immer innovativeren Produkten und Lösungen. Der zunehmende weltweite Handel und die enger werdenden Verflechtungen zwischen den einzelnen Nationen und Wirtschaftsräumen waren entscheidend mit daran beteiligt, global agierende, sogenannte systemrelevante Banken zu erschaffen.

Und während diese Geldinstitute schlichtweg durch ihr Bestehen im internationalen Zahlungsverkehr die Schaffung neuerer, komplexerer und risikoreicherer Finanzprodukte problemlos legitimieren konnten, gab es gleichzeitig kaum politische Bestrebungen, der Branche dabei auf die Finger zu schauen. Die Gründe für die Laissez-faire-Haltung vieler Staaten gegenüber der Finanzwirtschaft sind vielfältig. Die Durchsetzung der neoklassischen Theorie, mit ihrem zentralen Paradigma des "homo oeconomicus", war wegweisend und prägte, nicht zuletzt durch ihren Einfluss an den Universitäten, nachhaltig

das Denken. Die Annahme, der Mensch sei ein ständig rational handelndes Wesen und habe jederzeit die Möglichkeit, alle Informationen am Markt zu seinem Nutzen zu verarbeiten, war einfach zu verlockend für die Wirtschaftswissenschaft.

Neue finanzmathematische Modelle, wie die 1973 von Fischer Black und Samuel Scholes veröffentlichte Gleichung zur Bewertung von Optionen, gaben den Akteuren an den Märkten ein Mittel ihre Risikobewertung zu verbessern. Dadurch sollten Risiko und Rendite noch besser in Einklang gebracht werden. Diese Entwicklung zog sich weiter und im Laufe der Jahrzehnte kamen noch komplexere Produkte hinzu, darunter auch die sog. CDOs („Collateralized Debt Obligation“ vereinfacht erklärt ein Korb aus vielen einzelnen Forderungen, welcher anschließend als Wertpapier gehandelt werden kann), welche letztendlich die Finanzkrise 2007 auslösen sollten.

Gleichzeitig konnte die Bankenlobby, welche durch ihr wachsendes Geschäft immer mehr Einfluss aufbauen konnte,

ihre Nähe zur Politik ausgesprochen erfolgreich nutzen. Gesetze zur Regulierung der Banken wurden über die Jahrzehnte Stück für Stück aufgeweicht, abgeändert, teilweise einfach gestrichen. Die Steuergesetzgebung wurde ad absurdum geführt. Ausgerechnet die Leistungsträger\*innen der Gesellschaft (zumindest aus finanzieller Sicht) wurden in nie dagewesener Art und Weise entlastet – sie stahlen sich regelrecht aus der Verantwortung.

Es war auch einer der zweifelhaften Verdienste der amerikanischen Bankenlobby – gemeinsam mit der Politik – den sogenannten Subprime-Markt, also riskantere, aber dafür lukrativere Finanzierungen, überhaupt erst zu schaffen. Die Vergaberegeln für Kredite wurden drastisch gelockert. Nach außen hin ließen sich diese Maßnahmen als Wohltat für die Menschen vermarkten: Immerhin war es nun vielen Personen möglich, sich plötzlich ein Eigenheim zu finanzieren. Viele, welche vorher gezwungen waren monatlich Mieten zu überweisen, konnten sich nun ein eigenes Zuhause leisten. Das Problem daran? Die Leute hatten

vielfach einfach nicht das Geld, um ihre Kredite letztendlich auch abzubezahlen. Vermeintlich lukrative Lockangebote mit niedrigen Zinsen und wenig Tilgungsleistung, sowie der Glaube daran, die Preissteigerungen am Immobilienmarkt könnten immer so weiter gehen, halfen dabei, eine überaus unseriöse Kreditvergabe durchzusetzen. In manchen, extremen Fällen erhielten Menschen ohne ein geregelteres Einkommen eine Immobilienfinanzierung.

Nun weiß eine Bank natürlich auch, dass ein solches Geschäft nicht nachhaltig sein kann. Normalerweise prüft sie bei der Ausgabe eines Kredits das Risiko und bewertet dieses (bzw. versucht sie es – keine mathematische Formel kann die Zukunft, und damit letztendlich auch das Risiko, berechnen). Anschließend lässt sie es sich über den Kreditzins zahlen. Fallen die Zahlungen des Schuldners weg und der Kredit kann nicht mehr zurückgezahlt werden, bleibt die Bank auf ihrer Forderung sitzen. Aber: Das Risiko eines Zahlungsausfalls ist nichts, was ein Unternehmen in den eigenen

Büchern gerne sieht. Der Trick, mit denen findige Banker dieses Problem lösen wollten, lag in der Bündelung dieser Forderungen und ihrem anschließenden Weiterverkauf (die bereits erwähnten CDOs). Banken konnten so ihr Kapital wieder freimachen, damit ihre Bilanz aufhübschen und gleichzeitig noch mehr Kredite vergeben. Die Banken gingen diese riskanten Geschäfte also wissentlich ein – sie verkauften sie anschließend ja sowieso gebündelt weiter, das Risiko konnte ihnen quasi egal sein. Immer neue mathematische Modelle gaben ihnen währenddessen die Möglichkeit, ihre neugeschaffenen Wunderpakete auch zu bewerten und letztendlich sogar zu verbriefen, sprich daraus handelbare Wertpapiere zu schaffen. Diese wurden dann in alle Welt verkauft und haben die Portfolios von Anlegern, sowohl institutioneller als auch privater, verseucht.

Wie so oft bei Erfindungen, welche zu gut klingen um wahr zu sein – und nichts anderes ist für eine Bank ein scheinbar risikoloser Ertrag – ging auch

dieses Experiment gründlich schief. Die Finanzkrise 2007 stellt den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar, welche die Branche bis in die Grundfeste erschütterte.

Seitdem erleben wir eine regelrechte Renaissance der Regulationsbemühungen. Die Politik in den USA (zumindest als Obama noch Präsident war) und in Europa hat es sich zum Ziel gemacht, eine Wiederholung der Vorfälle um jeden Preis zu verhindern. Das Regelwerk hierzu wurde mit Basel III bereits 2010 verabschiedet, das Nachfolgepapier Basel IV wird derzeit noch diskutiert. Die Umsetzung in geltendes Recht ist bereits geschehen – und sowohl die europäische als auch die amerikanische Zentralbank haben ihre Bemühungen rund um die Kontrolle der Banken drastisch ausgeweitet.

Doch angesichts der Verfehlungen großer Teile der Branche stellt sich letztendlich die Frage: Kann man Banken überhaupt anständig regulieren und wenn ja, wie?

Wichtig ist die Erkenntnis, dass

die heutigen Banken und ihre Probleme nicht einfach ein so vom Himmel fielen. Die Fehler, welche letztlich enorme Kosten für die Allgemeinheit verursachten, waren nicht einfach nur unglückliche Umstände, die nicht hätten verhindert werden können. Im Gegenteil, einige dieser bekannten Missstände wurden aktiv befeuert um ja noch mehr Rendite zu erzielen, wie das Beispiel der Subprime-Kreditvergabe zeigt. Will man Banken effektiv daran hindern, ein Geschäft abzuschließen, muss jenes an Rentabilität verlieren. Dies lässt sich am besten durch die Finanzierung dieses Geschäfts beeinflussen. In der Regel sind Banken sehr stark fremdfinanziert – ihre Nähe zu den Kapitalmärkten erlauben eine meist schnelle und unkomplizierte Refinanzierung. In der Praxis erlaubt dies den Finanzinstituten potenziell extrem lukrative Geschäfte. Je weniger eigenes Kapital nämlich in ein Geschäft fließt, desto mehr Transaktionen lassen sich abschließen – und desto rentabler sind diese auch bei einem ordnungsgemäßen Ablauf. Wenig überraschend,

ist dieses Geschäftsgebaren mit potenziell extrem großen Risiken verbunden. Am besten lassen sich diese am Beispiel eines privaten Hauskaufs verdeutlichen. Die allermeisten Menschen, welche eine Immobilie erwerben, können diese nicht einfach aus der Haushaltskasse auf einen Schlag bezahlen. In fast allen Fällen braucht es zusätzliche fremde Mittel, im Regelfall bereitgestellt von einer Bank. Nehmen wir den Kunden Karl, der eine Wohnung für 250.000€ erwerben will. Karl hat im Laufe seines Berufslebens bereits etwas Geld ansparen können und bringt 50.000€ selbst ein. Die restlichen 200.000€ leiht sich Karl – nach einem meist sehr langen Gespräch in einem danach recht stickigen Büro - von seiner Bank. In seiner eigenen, fiktiven Vermögensbilanz stehen nun auf der Aktivseite eine Wohnung mit 250.000€ Wert und auf der Passivseite seine angesparten 50.000€ (das Eigenkapital) plus der Fremdmittel von 200.000€ (das Fremdkapital).

Nun hat Karl großes Glück und lebt in wirtschaftlich starken Zeiten, die Immobilienpreise ziehen stark an – sagen wir mal

um satte 20%. Die Wohnung ist nun 50.000 € mehr wert, insgesamt also 300.000 €. Würde Karl nun verkaufen und sein Darlehen zurückzahlen wäre das ein äußerst rentables Geschäft. Denn nach Abzug der 200.000 € die der Bank zustehen bleiben immer noch 100.000 € übrig. Die ursprünglich eingesetzten Mittel von 50.000 € haben sich also verdoppelt. Diese Hebelwirkung auf das eigene Kapital bezeichnet man als „leverage“

In unserem Beispiel geht die Rechnung voll auf. Die Preiserhöhung der Immobilie beträgt zwar nur 20%, das von Karl eingesetzte Kapital steigt jedoch um 100% - sprich er hat einen Hebel von fünf. Jede Schwankung des Preis der Wohnung um 1% wirkt sich fünffach auf das eingesetzte Geld (das Eigenkapital) von Karl aus. Steigen die Preise profitiert Karl massiv von dieser Hebelwirkung – sinken sie jedoch droht ein sehr schneller Verlust des investierten Kapitals. In unserem Beispiel sorgt nämlich ein Preisabsturz um 20% (die Wohnung ist also nur noch 200.000€ wert) dafür, dass das Eigenkapital vollkommen

aufgezehrt wird. Denn nach Abzug der Fremdmittel bleibt nichts mehr übrig. Sinkt der Preis um 40% zeigt sich der Effekt dieses Hebels noch dramatischer. Dann nämlich bleibt nach Verkauf der Wohnung nicht einmal genügend Geld um das Darlehen zurückzuzahlen. Nicht nur ist das eingesetzte Geld von 50.000 € weg – zusätzlich müssen weitere 50.000 € zur Rückzahlung der Schulden aufgetrieben werden. Aus ursprünglich eigenen Mitteln von 50.000 € werden so 100.000 € Verlust für Karl.

Banken arbeiten ähnlich, wenn gleich mit etwas mehr (und größeren) Zahlen, aber das Prinzip des Hebeleffekts bleibt. Will man die Branche also zu nachhaltigerem und sicherem Investieren bewegen, muss man sie zu mehr Eigenkapitaleinsatz zwingen. Das erwähnte Regelwerk für Banken, Basel III, bewirkt genau das. Bis 2019 steigen die Eigenkapitalanforderungen an die Institute schrittweise, zusätzliche Maßnahmen wie der sog. „äntizyklische Kapitalpuffer“ verstärken den Aufbau von Eigenmitteln. Die Kreditvergabe der Banken lässt

sich dadurch einschränken – und bietet gleichzeitig einen weiteren Anreiz: Wenn die Anzahl der ausgegebenen Kredite beschränkt ist, besteht größtes Interesse daran, nur "gute" Kredite zu vergeben – also solche, die auch zurückgezahlt werden können. Eine lasche, fast schon betrügerische Vergabepraxis wie vor der Finanzkrise verliert dadurch ihren Reiz: zu groß ist das Risiko in der Bilanz der Bank.

Eine besondere Rolle in der Regulierung und Überwachung von Banken kommt den Zentralbanken zu. Während früher quasi die einzige Möglichkeit der Einflussnahme im Bestimmen des Leitzinses bestand, haben die Notenbanken (insbesondere die EZB) heute eine neue Verantwortung übernommen. Seit 2014 hat die EZB die Aufsicht über sogenannte systemrelevante Banken inne, also über Institute, welche durch die Größe ihrer Bilanz verheerenden Einfluss haben können.

Die europäische Bankenaufsicht hat sich nach der Finanzkrise grundlegend neu aufgestellt. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass

ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum in massive Probleme gerät, wenn es keine funktionierende Aufsicht über die Kapitalmärkte gibt. Der Vorteil dieser neuen, zentralen Überwachung ist schnell erläutert. Die EZB hat die Mittel, eine gesamteuropäische Aufsicht zu stellen. Als Notenbank des Euroraums geht sie weiter als es jeder nationalen Aufsichtsbehörde jemals möglich war.

Sog. „Stresstests“ simulieren wirtschaftliche Extrem- und Ausnahmesituationen und ihren Einfluss auf die Stabilität der Geldhäuser. Keine weitere Finanzkrise soll die Behörden und vor allem die Bürger\*innen nochmals mit dieser Härte überraschen und überrumpeln – und auch die Banken sollen im Nachhinein nicht sagen können, sie hätten die Risiken einfach nur falsch eingeschätzt.

Auch die Banken selber haben Schritte unternommen (unternehmen müssen), um ihr Geschäftsbaren wieder in richtige Bahnen zu lenken. Die kurzfristig orientierten Vergütungsmodelle wurden großteils ersetzt. Boni

werden nun über längere Zeiträume und unter strengeren Bedingungen ausbezahlt – der Anreiz, riskante Geschäfte abzuschließen soll dadurch massiv gemindert werden. Das Risikomanagement ist immer wichtiger geworden – viele Banken haben erkannt, dass ihre bisherigen Rechenmodelle und Arbeitsweisen nur bedingt funktionieren. Und auch das Geschäft selber hat sich gebessert. Gab es früher vielfach noch feste Produktziele für die Berater\*innen zu erfüllen, im Sinne von „10 Bausparverträge pro Monat“ so steht heute der Beratungsansatz viel stärker im Fokus – auch um das verlorene Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Der entscheidendste Punkt in der Regulierung von Banken ist allerdings ein ganz einfacher: der Mensch selbst. Der Nährboden für die Exzesse der Finanzindustrie war so gewollt. Es war die menschengemachte Politik des Kapitals, welche dafür sorgte, dass Banken zu tickenden Zeitbomben für die Haushalte ganzer Staatengemeinschaften werden konnten. Erlaubt man es, dass sich Kapital unreguliert bewegt, erlaubt man auch, dass es

sich unsinnig bewegt. Und die Finanzkrise 2007 hat eindrucksvoll gezeigt: Wenn die Privatwirtschaft auf voller Linie versagt, muss im Zweifel die öffentliche Hand einspringen. Dieselben Banken und Akteure, welche im Laufe der Jahre weder Kosten noch Mühen scheuten, um ihre Branche immer weiter zu deregulieren, schrien plötzlich nach staatlicher Intervention – nach Rettung. Das unseriöse Verständnis des Bankgeschäfts, die Gier, die Hybris, aber vor allem auch die Uneinsichtigkeit, Fehler gemacht zu haben, das sind menschliche Versäumnisse. Es ist an der Politik, diese menschlichen Versäumnisse aus der Welt zu schaffen – und sich nicht mehr dem Glauben zu unterwerfen, die Interessen des Kapitals müssen vordergründig sein. Es ist der vielbeschworene "Kulturwandel", der nun endlich angetreten werden muss. Nur dann besteht die Möglichkeit ein wirklich funktionierendes und vor allem auch stabileres Finanzwesen zu schaffen, eines, in welchem zuallererst der Mensch zählt – nicht das Kapital.

## TUNESIENS STEINIGER WEG ZUR DEMOKRATIE

von **Johannes Zwack**

Tunesien war im Januar 2011 der Ausgangspunkt eines gesellschaftlichen und politischen Umbruchsprozesses in Nordafrika und im Nahen Osten, der bald als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wurde. Während dieser Prozess in den anderen Ländern der Region ins Stocken geriet, ist Tunesien heute das einzige arabische Land, in dem ein echter demokratischer Aufbruch von Staat und Gesellschaft unternommen wurde. Anfang 2014 wurde nach jahrelangen Verhandlungen, insbesondere zwischen dem religiös-konservativen und dem liberal-säkularen Lager, eine neue Verfassung verabschiedet.

Die weitere demokratische Entwicklung des Landes bleibt jedoch eine große Herausforderung. Insbesondere die zentrale Forderung während des Umbruchs, die Schaffung sozialer

Gerechtigkeit, wurde bislang nicht erfüllt. Die Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, ist extrem hoch und weite Regionen des Landes sind wirtschaftlich stark marginalisiert. Nur wenn sich die wirtschaftliche Lage des Landes stabilisiert und alle an dieser Entwicklung teilhaben können, kann sich der Demokratisierungsprozess konsolidieren.

### **Zwischen Revolution und Demokratie**

Infolge des Selbstmords des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi, der sich aus Frust über seine Perspektivlosigkeit mit Benzin überschüttete und selbst verbrannte, kam es im ganzen Land zu Massenprotesten gegen die gravierende soziale Ungleichheit, die Perspektivlosigkeit sowie die hohe Arbeitslosigkeit. Schon Anfang Januar sah sich der herrschende Diktator Zine el-Abidine Ben Ali derart unter

Druck, dass er das Land fluchtartig verließ.

Der daraufhin vom Verfassungsrat als vorübergehender Regierungschef bestellte Fouad Mebazaa, ein in Paris studierter Wirtschaftswissenschaftler, sollte die Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten.

Schon im Vorfeld dieser Wahl zeigte sich die gewaltige soziale Kluft zwischen der armen, perspektivlosen Landbevölkerung und den wirtschaftlichen und frankophonen Eliten in der Agglomeration von Tunis/Carthage. Diese Situation spielte besonders der islamistisch-konservativen Enahda Partei in die Hände, die aufgrund ihrer Oppositionsrolle während der Diktatur Ben Alis als besonders glaubwürdig für einen Neuanfang empfunden wurde. Das konnten zwar auch andere Parteien, wie die Sozialdemokrat\*innen unter der Führung von Mustafa Ben Jaafar von sich behaupten, aber anders als ihre konservativen Konkurrent\*innen verwendeten sie in ihren Beiträ-

gen hauptsächlich Französisch, das die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung schlicht nicht verstand.

So ist es kein Wunder, dass die Konservativen die Wahl Anfang Oktober 2011 klar für sich entscheiden konnten, die übrigen Parteien sprachen im wahrsten Sinne des Wortes einfach nicht die Sprache des Volkes.

Da aber auch die Wahlgewinnerin, die Enahda Partei, über keine ausreichende Mehrheit verfügte, bildete sich unmittelbar nach der Wahl ein Quartett unter Leitung des sozialdemokratischen Parteichefs Ben Jaafar, welches die Verfassung ausarbeiten sollte. Durch diese Involvierung der vier stärksten Parteien des Landes, wurde es möglich, wichtige Schritte hin zu einem modernen, demokratischen Staat zu gehen. Gerade die Verankerung der grundlegenden Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die klare Trennung von Staat und Religion, die Aufhebung der Diskriminierung von Minderheiten wie den Chris-

ten\*innen, das alles geht auf das Konto der sozialdemokratisch geführten Verfassungskommission. Dabei war der sozialdemokratische Parteichef Ben Jaafar, die treibende Persönlichkeit, der mit seinem hohen Ansehen in der Bevölkerung und seiner Kompromissbereitschaft viele Streitthemen lösen konnte. Er gilt deshalb als Vater der tunesischen Verfassung.

Bei der feierlichen Verabschiedung der Verfassung im Jahre 2014 waren für einen Augenblick die viele Probleme des Landes vergessen: Alle lagen sich in den Armen und feierten die neu errungene Freiheit. In vielen größeren Städten wurden Hubkonzerte veranstaltet und die Menschen feierten auf den Straßen.

Doch schon wenige Tage später zeigte sich, dass die alten Probleme, trotz der drei Jahre ohne Diktatur, das Land nach wie vor heimsuchen.

Aufgrund vermehrter islamistischer Rückkehrer\*innen aus Syrien wuchs die Bedrohung

terroristischer Anschläge bedenklich, was sich natürlich in den sinkenden Tourist\*innenzahlen bemerkbar machte. Da aber der Tourismus der größte Wirtschaftssektor des Landes ist, bedeutete es für viele Tunesier\*innen den Sturz in die Arbeitslosigkeit. Dazu kam die Frage nach dem kulturellen Selbstverständnis des Landes, das sich von einer Annäherung an Europa bis hin zu einer strengeren Integration des Islam in alle Lebensbereiche erstreckte.

In dieser Situation schwenkte die regierende, islamistische Enahda Partei klar nach rechts außen ab und versuchte so unter der Landbevölkerung zu punkten.

Diese Kursänderung stieß vor Allem bei der seit jeher säkular eingestellten Stadtbevölkerung auf Widerstand, die diesen religiös motivierten Rechtsrutsch der Regierung verhindern wollte. Schon als das absehbar war gründete sich deshalb 2012 in Tunis die modern liberale, zum Teil auch sozialdemokratische Partei Nidaa Tounes.

## **Der Aufstieg von Nidaa Tounes**

Trotz der großen Zersplitterung des politisch progressiven, säkularen Spektrums - es gibt über zehn Parteien dieser Ausrichtung - war es Nidaa Tounes als aussichtsreichster Kandidatin möglich, mit dem Argument der Verhinderung einer weiteren islamistisch geführten Regierung die Stimmen der anderen Parteien auf sich zu vereinigen. Für Nidaa Tounes scheint die Rechnung aufgegangen zu sein.

Bei den letzten Parlamentswahlen wurde die Partei auf Anhieb stärkste Kraft weit vor der regierenden Enahda Partei.

Allerdings erzielten alle übrigen Parteien infolge der „nützlichen Stimmabgabe“ für Nidaa Tounes derart schlechte Ergebnisse, dass eine Regierungsbildung extrem schwer wird. Dazu gesellt sich das Problem, dass die neugegründete Partei nach wie vor um ihren inhaltlichen Kurs ringt, denn jenseits ihrer dezidiert säkularen Positionen bleibt die politische Ausrichtung von Nidaa Tounes

vage. Während des Wahlkampfes und im Vorfeld hatte sich die Partei stets als sozialdemokratisch dargestellt. Angesichts der wirtschaftspolitischen Orientierung ist diese Klassifizierung aber mehr als fragwürdig. Obwohl innerhalb von Nidaa Tounes auch einzelne linke Menschenrechtsaktivist\*innen und Gewerkschafter\*innen vertreten sind, besteht der dominante Teil der Partei aus Wirtschaftseliten und selbst früheren Parteigänger\*innen Ben Alis. Welcher der beiden Teile der Partei zukünftig die Ausrichtung der Partei bestimmen wird, bleibt abzuwarten. Aus Angst vor den zu erwartenden Auseinandersetzungen hat Nidaa Tounes bislang keinen Parteitag abgehalten, die innerparteiliche Demokratie ist entsprechend schwach ausgeprägt.

### **Ausblick**

Katastrophale Auswirkungen hatte die „nützliche Stimmabgabe“ zugunsten von Nidaa Tounes für

die verschiedenen säkularen, sozialdemokratischen und linken Parteien. Schon jetzt ist die nachhaltige politische Schwächung des linken Lagers deutlich sichtbar. Denn viele, die sonst einer deutlich progressiveren und sozialdemokratischeren Partei als Nidaa Tounes ihre Stimme gegeben hätten, haben nun, um eine Mehrheit der Enahda zu verhindern, für Nidaa Tounes gestimmt. Für die sozialdemokratische Ettakatol um den Parteivorsitzenden Ben Jafaar bedeuteten die Wahlen ein politisches Desaster: Nach 21 Sitzen für Ettakatol bei den Wahlen 2011 stürzte die Partei jäh auf lediglich einen Parlamentssitz ab. Die Zersplitterung und persönliche Befindlichkeiten haben es den progressiven Parteien vor den Wahlen unmöglich gemacht, sich auf gemeinsame Kandidat\*innen oder eine Wahlplattform zu einigen. Diese Zersplitterung wird die politische Linke in Tunesien wohl noch einige Zeit lähmen. Die progressiven Parteien sind deswegen gut beraten, die Zeit bis zu den nächsten

Wahlen für eine organisatorische, programmatische und personelle Neuaufstellung zu nutzen. Nur so können sie ein ersthaftes politisches Gewicht entwickeln.

Für Tunesien selbst hat sich die Lage in politischer und rechtlicher Hinsicht stark verbessert, die meisten Freiheiten, die dem Volk so lange verwehrt wurden, sind nun wieder gewährt. Allerdings ist das Hauptproblem, die soziale Ungleichheit auch Jahre nach der Revolution nicht beseitigt.

Das macht eine sozialdemokratische, progressive Politik umso notwendiger. Bislang wurden lediglich zaghafte Reformen angetrieben. Bei den nächsten Wahlen dürften die beiden etablierten Parteien deshalb einen erheblichen Vertrauensverlust erleiden. Es bleibt abzuwarten, ob es dem linken Parteienspektrum gelingt sich zu vereinigen und gemeinsam voranzuschreiten. Tunesien hätte es definitiv nötig.

# UM-FAIR-TEILEN IN DER KOMMUNE – EINE SOZIALISTISCHE HERZENSANGELEGENHEIT?!

von **Benjamin Lettl**

Ich bin seit geraumer Zeit für mein ehrenamtliches Mandat als Stadtrat von Eggenfelden vereidigt und übe dieses Amt mit voller Leidenschaft aus. Die Erweiterung der städtischen Kläranlage, die Sanierung der Abwasserleitungen, Grundstücksangelegenheiten und Belange von Gewerbetreibenden bestimmen neben der kontinuierlichen Schuldentilgung die Routinearbeit des Rates. Dennoch besinne ich mich stets auf meine politischen Wurzeln und verstehe das Wirken innerhalb des Rates als deutlich mehr als das Abstimmen über Formalia oder das Herbeiführen pragmatischer Lösungen. Bei einigen Entscheidungen habe ich mich bewusst den kapitalistischen Gesetzen und den Vorstellungen

der konservativ-elitären Anschauungen einiger Kolleg\*innen entgegenstellen. Aus diesem Grund will ich über das Thema Umverteilung im kommunalpolitischen Kontext diskutieren und verdeutlichen, dass eine Umverteilung im kommunalpolitischen System in Bayern fest verankert ist und auch gelebt wird, allerdings weder so titulierte noch wirklich fair betrieben wird. Daher möchte ich einen Beitrag leisten und ein Fürsprecher für eine wirkliche Um-fair-teilung in den Kommunen sein. Warum? Weil es eine sozialistische Herzensangelegenheit ist.

**Die Kreisumlage und die Bezirksumlage** sind Umverteilungsmechanismen kommunaler Finanzen. Da diese beiden Umlagen auch von den Konservativen anerkannt sind, gelten diese weder als sozialistisches Teufelszeug, noch stehen diese beiden

Umlagen im Verdacht, den reichen Kommunen etwas nehmen zu wollen. Allerdings bleiben bei diesem Finanzierungsmodell die finanzschwächeren ländlichen Regionen in Bayern wie Rottal-Inn oder Freyung-Grafenau weiterhin, im Gegensatz zu den finanzkräftigeren Landkreisen in den Metropolregionen wie München und Nürnberg, zu abhängig von den Schlüsselzuweisungen des Freistaates Bayern. Da die Schlüsselzuweisungen lediglich die Defizite ausgleichen, nicht aber echte Gleichheit gegenüber reicheren Landkreisen zur Folge haben, bleibt das Ungleichgewicht bei der finanziellen Entwicklung in den Kommunen nach wie vor bestehen. Das von der konservativen Staatsregierung zynisch als „Aufsteigerregion Bayerns“ betitelte Niederbayern ist damit faktisch kein Aufsteiger, da das Niveau der Wirtschaftskraft in der bayerischen Gesamtheit stetig ansteigt. Damit kann die Kreisumlage niemals zu einer echten Um-fair-teilung führen.

Die echte Um-fair-Teilung gelingt nur dann, wenn die gravierenden Unterschiede bei der Finanzkraft und die Möglichkeit der kommunalen Investitionen in ganz Bayern gleichermaßen ermöglicht werden können.

Bei dieser Gelegenheit muss zudem auf die Bezirksumlage eingegangen werden. Wie der Bezirk Oberbayern richtigerweise anmerkt, handelt es sich hier wahrlich um eine offensichtliche Problematik: „Die Entwicklung der Umlagekraftzahlen und des ungedeckten Bedarfs (= Bezirksumlage) zeigt das Dilemma eines rein umlagefinanzierten Haushaltes auf. Die Bezirksumlage, die zu über 90 Prozent Sozialhilfeleistungen zu finanzieren hat, ist seit 1974 weitaus stärker gestiegen als die Umlagekraft“. Aus sozialistischer Sicht kann nicht das Vorhandensein kommunaler Finanzmittel über die Gewährleistung von Sozialhilfeleistungen entscheiden. Sozialhilfeleistungen müssen vielmehr aus der Gesamtheit

der Steuerzahler\*innen, also auch den Einnahmen aus Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer, finanziert werden. Es ist unsolidarisch, wenn sich das Spektrum des Finanzkapitals nicht oder nur untergeordnet an den Sozialhilfeleistungen der bayerischen Regierungsbezirke beteiligt. Besonders betroffen sind bayerische Regionen, die durch den Wegzug junger Menschen bereits in ihrer Zukunftsfähigkeit gefährdet sind. Durch die fehlenden Investitionen verstärkt sich das Problem der alternden Bevölkerungsstruktur.

**Die Gewerbesteuer** ist eine auf den Ertrag von Gewerbetreibenden erhobene kommunale Steuer. In der Vergangenheit machten einerseits die Liberalen als auch Finanzminister Wolfgang Schäuble von sich reden, diese für die Kommunen so wichtige Einnahmequelle abzuschaffen. Bei den Liberalen ist die Intention klar. Sie wollen das Unternehmer\*innentum schützen

und können wenig Nutzen in dieser Umverteilungsmaschinerie erkennen. Bei Schäuble sieht, ehrlicherweise, der Hintergrund etwas differenzierter aus. Auf der einen Seite ist die Gewerbesteuer keine auf Dauer gesicherte Steuereinnahme, sie ist konjunkturabhängig. Außerdem sind Kommunen besonders bei Energiekonzernen in der Gefahr, eine beachtliche Gewerbesteuer-rückerstattung zu tätigen, mit einer Verzinsung von für die heutige Zeit horrenden sechs Prozent. Wer diese Möglichkeit der „sicheren“ Rendite für solvente Unternehmen nicht zumindest auf den zweiten Blick erkennt, kann sich gleich von den Konzernen einlullen lassen. Auf der anderen Seite würden besonders die wohlhabenderen Kommunen auf eine erhebliche Einnahmequelle verzichten und auf einen vermutlich schlechter gefüllten Umlagepotenzial zurückgreifen müssen. Reiche Kommunen enteignen, klingt gut? Mitnichten! Besonders die über Jahrzehnte etablierten freiwilli-

gen Leistungen der Kommunen, wie das Kulturzentrum, das Freizeitgelände, das Schwimmbad, die städtische Musikschule, die kostenlose Betreuung in Kindertagesstätten, würden durch diese Maßnahme zu Nichte gemacht. Das Gewähren von freiwilligen Leistungen der Kommune ist bereits eine Um-fair-Teilung im engsten Sinne. Öffentliche Güter werden allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung gestellt, der Zugang zu Kultur und Bildung niedrigschwelliger gestaltet und die persönliche monetäre Potenz eines jeden Menschen tritt in die Nachrangigkeit.

Die Schuldenbremse ist ein gesetzlich verankerter Mechanismus, der abzulehnen ist. Aus sozialistischer Sicht bedarf es aber auf jeden Fall noch zwei weiterer großer Schritte, damit ernsthaft von einer Um-fair-Teilung in den Kommunen gesprochen werden kann.

Erstens: Die Gewerbesteuer muss dringend erweitert werden „eine Verbreiterung der Einnahmehasis der Kommunen“ zur Folge haben. Die Jusos Bayern fordern zu Recht die Ausweitung der Gewerbesteuer um die sogenannten „Katalogberufe“ (§18 EStG) worunter unter anderem Rechtsanwält\*innen, niedergelassene Ärzt\*innen und approbierte Psychotherapeut\*innen und Zahnmediziner\*innen, Notar\*innen und Wirtschaftsprüfer\*innen zählen.

Zweitens: Kommunen soll es zustehen, freiwillige Leistungen zu bewilligen, auch wenn es die Kassenlage der Stadt oder der Marktgemeinde nicht zulässt. Möglich wäre hier das Errichten eines Fonds auf Bundesebene oder auf Landesebene, bei der Kommunen bis zu 15% ihrer erweiterten Gewerbesteuer zur Verwendung für freiwillige Leistungen ausbezahlt bekommen. Finanziert werden können die Fonds entweder über die Vermö-

genssteuer (Bundesfonds) oder einer gerechten Erbschaftssteuer (Landesfonds). Zudem muss der Begriff der freiwilligen Leistung abgeschafft werden und durch „solidarische kommunale Leistung“ ersetzt werden.

**Die Gebühren für die Kinderkrippe und die Kindertagesstätte** sind regional sehr unterschiedlich. Die beiden Modelle der Umverteilung bzw. das Schaffen eines Lastenausgleichs der Gebührenfreiheit bzw. der „einkommensabhängigen Gebührenregelung“ sind seit dem Erscheinen des Steuerkonzepts der SPD zu den Bundestagswahlen 2017 in der Tat nur eine „Um-fair-teilung light“. Nichtsdestotrotz gehen die Kommunen, die durch besonders hohe Gewerbesteuereinnahmen als finanzstark gelten, den richtigen Weg der Umverteilung. Die Stadt Burghausen und die Stadt Unterföhring bieten allen Kindern die kostenlose Betreuung in den Kindertagesstätten

an. Der Ehrlichkeit halber muss hier allerdings erwähnt werden, dass diese Gebührenfreiheit der Gewerbesteuereinnahmen von rund 70 Millionen Euro im Fall von Burghausen und von über 120 Millionen Euro, die Gemeinde Unterföhring betreffend, geschuldet ist. Nicht ganz so finanzstarke Kommunen setzen hier eher auf die einkommensabhängige Gebührenregelung (zum Beispiel Weilheim an der Teck), bei der Einkommen unter 1500 Euro Monatsbrutto in die unterste Einstufung und ein Monatsbrutto über 5000 Euro in die oberste Einstufung zugeordnet werden.

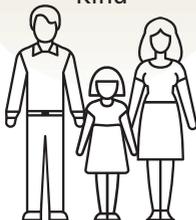
Den konsequentesten Vorschlag zur Um-fair-teilung stellt allerdings der Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschland mit dem aktuellen Parteivorsitzenden Martin Schulz dar.

Die drei auf den folgenden Seiten dargestellten Beispiele zeigen dies deutlich:

## Familie mit

**1**

Kind


Icon made by Freepik from www.flaticon.com

Wir entlasten **junge Familien** in Eggenfelden. Vater und Mutter sind nicht verheiratet. Sie haben ein einjähriges Kind, das 8 Stunden die städtische Kita besucht. Er arbeitet als Schreiner Geselle und verdient 33.300 Euro brutto im Jahr <sup>1)</sup> Sie arbeitet Teilzeit als Sozialarbeiterin im öffentlichen Dienst und verdient 24.100 Euro brutto im Jahr <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Lohngruppe 1, Stufe 4: 2.664 Euro monatlich + 0,5 Monatsentgelte Sonderzahlung.

<sup>2)</sup> TVÖD, S12, 50%, Alter: 35 Jahre

Entlastung bei der Krankenversicherung: ca. 315 Euro  
 Entlastung bei den Kita-Gebühren: ca. 2.415 Euro  
 Entlastung durch Wegfall des Soli-Zuschlags: ca. 235 Euro  
 Entlastung bei der Einkommensteuer: ca. 45 Euro  
 Kinderbonus: 300 Euro

**= gesamt: ca. 3.310 Euro**

## Alleinerziehende mit

**1**

Kind


Icon made by Freepik from www.flaticon.com

Wir entlasten die **alleinerziehende Krankenschwester** in Eggenfelden, die Vollzeit im Tagdienst arbeitet. Schichtdienste (Nacht-/Feiertagsdienst) kann sie wegen ihres dreijährigen Sohnes nicht übernehmen. Weil sie auf ihre Vollzeitstelle angewiesen ist, besucht das Kind täglich 9 Stunden die städtische Kita. Auch die Großeltern helfen gelegentlich bei der Kinderbetreuung. Sie verdient insgesamt 35.800 Euro brutto im Jahr. \*

\* TVÖD, E 7, Stufe 3, 100%

Entlastung bei der Krankenversicherung: ca. 195 Euro  
 Entlastung bei den Kita-Gebühren: ca. 2.670 Euro  
 Entlastung durch Wegfall des Soli-Zuschlags: ca. 190 Euro  
 Entlastung bei der Einkommensteuer: ca. 50 Euro  
 Kinderbonus: 150 Euro

**= gesamt: ca. 3.255 Euro**

Familie mit

**2**Kindern und geringem  
Einkommen
Illustration: Fotografin www.katzen.com

Wir entlasten **junge Familien mit geringem Einkommen** in Eggenfelden. Die Eltern sind verheiratet. Der Vater arbeitet als Briefzusteller und verdient 24.000 Euro brutto im Jahr. Die Mutter hat einen 450 Euro-Job als Reinigungskraft, den sie neben der Kinderbetreuung erledigt. Die Kinder sind 3 und 4 Jahre alt. Die 4-jährige Tochter besucht 7 Stunden den städtischen Kindergarten, der 3-jährige Sohn geht aus finanziellen Gründen nicht in eine Kita und wird zuhause betreut.

Entlastung bei der Krankenversicherung: ca. 130 Euro

Entlastung bei den Kita-Gebühren: ca. 1.370 Euro

Kinderbonus: 600 Euro

**= gesamt: ca. 2.100 Euro**

Die drei Beispiele zeigen, dass die kostenlose Betreuung von Kindern in Krippen und Tagesstätten eines der wirksamsten Umverteilungsmechanismen darstellt, die auf kommunaler Ebene wirken. Als fair kann diese Gebührenfreiheit deswegen bezeichnet werden, da sie aus Bundesmitteln finanziert wird. Man ist also nicht abhängig von exorbitanten Gewerbesteuererträgen, wie in Burghausen oder Unterföhring, sondern kann auf

eine bundesweite Gewährung vertrauen.

### Sozialer Wohnungsbau

Als der wahrscheinlich am wichtigsten wirkenden Umverteilungsmechanismus der Kommunen, gemessen an der Wirkung auf den jeweils betroffenen Menschen, darf der soziale Wohnungsbau bezeichnet werden. Die konservative bayerische Landesregierung hat bezüglich

dieser Thematik in den vergangenen Jahren erheblichen Raubbau begangen, was sich direkt auf die Bürger\*innen auswirkt. Aus diesem Grund muss dringend dem Beschluss der Jusos Bayern aus dem Jahr 2012 Folge getragen werden, bei dem der deutliche Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefordert wurde. Die Forderung, die dringend einer Anwendung bedarf, kann in zwei Schwerpunkte unterteilt werden:

- Höhere Zuschüsse (Bsp. KfW-Mittel) für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaften und Kommunen, sodass diese die notwendigen Sanierungsarbeiten auch durchführen können, ohne dass die vorhandene Mieter\*innen verdrängt werden.
- Eine professionelle Beratung der Wohnbauunternehmen und Kommunen vor Ort zum Thema Fördermöglichkeiten

im kommunalen bzw. gemeinnützigen Wohnbausektor.

Menschen, welchen der nach kapitalistischen Regeln gestaltete freie Wohnungsmarkt, wegen der zu geringen Kapitalausstattung nicht mehr als Nachfrager\*innen zur Verfügung stehen, wird durch geförderten Wohnungsbau eine Chancengerechtigkeit gewährt. Durch die Um-fairteilung mittels sozialem bzw. gefördertem Wohnungsbau soll Menschen in Bayern zukünftig ermöglicht werden, dass sie sich aus freien Stücken für das Leben auf dem Land oder in der Stadt entscheiden können. Wer das Kulturprogramm der Stadt Passau der frischen Landluft der Gemeinde Neureichenau im Landkreis Freyung-Grafenau vorzieht oder wer den Arbeitsplatz bei einem Cateringunternehmen in der Großstadt dem Wirken in einer Landgaststätte bevorzugt, der\*die kann genauso in die Stadt ziehen, wie die

zukünftig unterstützten bayerischen Polizeibeamt\*innen und Lehramtsanwärter\*innen. Eine sozialistische Herzensangelegenheit ist sicherlich, dass das Gewähren von Wohngeld zukünftig Einzelfällen vorbehalten bleibt und die überwiegende Mehrheit der Menschen auf dem geförderten Wohnungsmarkt Fuß fassen kann. Dies führt zwei positive Effekte mit sich: Auf der einen Seite wird dem kapitalistischen Wohnungsmarkt die Fessel angelegt, da sie nun nicht mehr die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen ausnutzen und die zusätzlichen staatlichen Sozialleistungen an sich reißen kann und andererseits den Menschen nicht mehr das Gefühl gegeben wird, dass sie durch das Gewähren von Wohngeld ein „Sozialfall“ sind. Geförderter Wohnraum darf niemals zum Spielball zwischen Bedürftigen werden, wie dies aktuell teilweise von konservativen und nationalen politischen Kräften

gehandhabt wird. Sozialer bzw. geförderter Wohnraum trägt dann zur Um-fair-teilung bei, wenn neben *der Alleinerziehenden, Mindestrentner\*innen, Sozialarbeitsstudent\*innen oder Maschinenbaustudent\*innen sowie anerkannte Asylsuchende aus Syrien* Platz in einer Wohnung finden können.

Die vier erläuterten Beispiele stellen sicherlich nur einen Ausschnitt von Umverteilungsmöglichkeiten im kommunalen Kontext dar. Zum Abschluss lassen sich zwei Feststellungen treffen: Die Kommune kann zu einem erheblichen Ausmaß an wirklich solidarisch gestalteter Umverteilung beitragen. Hierbei bedarf es der tatkräftigen Unterstützung der Landes- und der Bundesebene. Das funktioniert nur durch das Heranziehen von Erbschafts-, Vermögens-, Transaktions- und Kapitalertragssteuern, erst eine wirkliche Um-fair-teilung generiert wird!



## **Euer Kontakt zu uns:**

**Jungsozialist\*innen in der SPD  
Bezirk Niederbayern**

**Thurmayrstraße 11  
94315 Straubing  
Telefon: +49 (0)9421 18 51 73  
Telefax: +49 (0)9421 4 33 87**

**E-Mail: [mail@jusos-niederbayern.de](mailto:mail@jusos-niederbayern.de)**

**Website: [www.jusos-niederbayern.de](http://www.jusos-niederbayern.de)**

**Weitere Inhalte findet ihr auf unserem Blog:  
[blog.jusos-niederbayern.de](http://blog.jusos-niederbayern.de)**

**V.i.S.d.P.:  
Tobias Hartl, Schulstr. 1a, 84389 Postmünster**

**Layout & Gestaltung:  
Tobias Pietsch  
Tobias Hartl**